

N i e d e r s c h r i f t

über die 15. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Göttingen

am Freitag, 07.11.2008

im Ratssaal des Neuen Rathauses, Hiroshimaplatz 1 - 4, 37083 Göttingen

Sitzungsbeginn: 16:05 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 . Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 . Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 14. Sitzung vom 05.09.2008
- 3 . Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 4 . Einbringung der Entwürfe der Haushaltspläne der Stadt Göttingen, der selbständigen Stiftungen und der Ruhelohnkassen für das Haushaltsjahr 2009
- 5 . Gemeinsamer Antrag der CDU- und FDP-Ratsfraktionen betr. 'Ausbau der Verwaltungsstellen zu Bürgerbüros'
Inter/022/08
- 6 . Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. 'Metropoltarif in der Metropolregion'
SPD/051/08
- 7 . Gemeinsamer Antrag der Bündnis90/Die Grünen- und GöLINKE-Ratsfraktionen betr. 'Resolution: Keine CASTOR-Transporte durch Göttingen nach Gorleben'
Inter/021/08
- 8 . Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. 'Wohnen im Alter'
CDU/036/08
- 9 . Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion betr. 'Neue Kinderspielplätze in Göttingens Innenstadt'

- B' 90/064/08
- 10 . Antrag der GöLINKE-Ratsfraktion betr. 'Keine Grabsteine durch Kinderarbeit'
LINKE/015/08
- 11 . Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. 'Gemeinsames Veranstaltungsmanagement
Lokhalle, Stadthalle und Festhalle Weende'
SPD/052/08
- 12 . Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion betr. 'Einheitliches Planungs- und
Berichtswesen (Reporting) für die städtischen Gesellschaften, Eigenbetriebe und
Beteiligungen'
B' 90/065/08
- 13 . Antrag der GöLINKE-Ratsfraktion betr. 'Europäische Städte-Koalition gegen
Rassismus'
LINKE/017/08
- 14 . Anregung gem. § 22 c NGO;
hier: Reservierung von Parkplätzen für Anwohner der Straße 'In der Roten Erde'
u.m.
01.6/293/08
- 15 . Haushaltssicherungskonzept 2009-2011
FB20/434/08
- 16 . Vergnügungsteuersatzung der Stadt Göttingen
FB20/436/08
- 17 . Abfallzweckverband Südniedersachsen
(Kalkulation und Behandlungskosten 2009; Wirtschaftsplan 2009)
FB20/444/08
- 18 . Änderung der Verbandsordnung des Abfallzweckverbandes Südniedersachsen
FB20/445/08
- 19 . Bestellung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die Prüfung des
Jahresabschlusses 2008 des Abfallzweckverbandes Südniedersachsen
FB20/446/08
- 20 . Gesellschafterversammlung GWG
FB20/447/08
- 21 . Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für das Wirtschaftsjahr 2008 der
GWG
FB20/448/08
- 22 . 6. Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und -bedingungen im
Gelegenheitsverkehr mit Taxen der Unternehmerinnen und Unternehmer in der
Stadt Göttingen und im Landkreis Göttingen
FB32/072/08
- 23 . Änderung der Marktgebührensatzung zum 01.01.2009

- FB32/073/08
- 24 . Einrichtung einer Ganztagschule an der Godehardschule
- FB40/120/08
- 25 . Vertrag mit dem Verein für Medienkultur Südniedersachsen e.V. über die Förderung des StadtRadios Göttingen 2009-2014
- FB41/137/08
- 26 . Lebensphase Alter in Göttingen; Bestands- und Bedarfsbericht 2008
- FB50/060/08
- 27 . Abschluss eines Festbetragsvertrages mit dem Kinderhaus e.V.
- FB51/208/08
- 28 . Erweiterung des Leistungs- und Budgetvertrages mit der ASC Kinderbetreuungs GmbH
- FB51/209/08
- 29 . Abschluss eines neuen Zuwendungsvertrages mit dem Kinderhaus e.V. für Krippengruppen an den Max-Planck-Instituten für biophysikalische Chemie und experimentelle Medizin
- FB51/210/08
- 30 . Abschluss eines Zuwendungsvertrages mit dem AWO Kreisverband Göttingen für den Betrieb einer betriebsnahen Krippe auf dem Gelände der Fa. Mahr, Brauweg 38
- FB51/211/08
- 31 . Erweiterung des Leistungs- und Budgetvertrages mit dem Kinderhaus e.V.
- FB51/214/08
- 32 . Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots an Krippenplätzen
Hier: Zweite Antragsrunde im Rahmen der Richtlinie Investitionen
Kinderbetreuung
- FB51/215/08
- 33 . Abschluss eines Vertrags über den Betrieb und Belegrechte in der städtischen Kindertagesstätte Rosdorfer Weg mit der Asklepios Psychiatrie Niedersachsen GmbH
- FB51/216/08
- 34 . Bebauungsplan Göttingen Nr. 216 'Hermann-Föge-Weg' TP 2 mit Örtlicher Bauvorschrift (ÖBV) über Gestaltung
- Beschluss der vereinfachten Änderung nach der öffentlichen Auslegung
 - Bescheidung der Anregungen
 - Satzungsbeschluss für den vorbenannten Bebauungsplan
 - Satzungsbeschluss für die vorbenannte ÖBV
- FB61/599/08
- 35 . Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre der Stadt Göttingen für den Bereich des Bebauungsplans Göttingen-Grone Nr. 11, 4. Änderung, "Industriestraße"

- Erlass der Satzung zur erstmaligen Verlängerung um ein Jahr

FB61/625/08
- 36 . Neukalkulation der Abwasserbeiträge und Neufassung der Abwasserbeitragsatzung

FB66/039/08
- 37 . Änderung der Friedhofsgebührensatzung aufgrund der Gebührenkalkulation 2009.

FB67/040/08
- 38 . Entgegennahme und Feststellung des Jahresabschlusses 2007 des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Göttingen

EB68/189/08
- 39 . Entgegennahme und Feststellung des Jahresabschlusses 2007 des Eigenbetriebes Stadtreinigung Göttingen

EB70/172/08
- 40 . Organisationsform zur Zusammenführung der Aufgaben der Stadtreinigung Göttingen und der Stadtentwässerung Göttingen

EB70/173/08
- 41 . Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben/Aufwendungen gem. § 89 NGO
- 41.1 . Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 89 Abs. 1 NGO

FB20/441/08
- 41.2 . Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 89 NGO

FB20/442/08
- 41.3 . Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 89 Abs. 1 NGO

FB20/443/08
- 41.4 . Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 89 Abs. 1 NGO

FB20/449/08
- 41.5 . Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 89 Abs. 1 NGO

FB20/450/08
- 41.6 . Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 89 Abs. 1 NGO

FB20/451/08
- 42 . 'Einführung einer Sozialcard' (Antrag der GöLINKE-Ratsfraktion) und Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion betr. 'Ermittlung der Kosten der Einführung einer Sozialcard'

FB50/058/08
- 42.1 . Gemeinsamer Antrag der SPD-, Bündnis90/Die Grünen- und GöLINKE-

Ratsfraktionen betr. 'Resolution betr. Zuschussverträge DT und GSO'

Inter/020/08

- 43 . Antrag der GöLINKE-Ratsfraktion betr. 'Vertragsänderung mit dem Verein für Medienkultur Südniedersachsen e.V. über die Förderung des StadtRadios Göttingen 2009 - 2014'

LINKE/016/08

- 44 . Unterrichtung des Verwaltungsausschusses/des Rates über eine getroffene Eilentscheidung gem. § 66 Satz 2 NGO

01.6/294/08

- 45 . Anfragen des Rates zur Sitzung am 7.11.2008

01.6/297/08

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ratsvorsitzende, Bürgermeisterin Lankeit, eröffnet die 15. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigt fehlen Ratsfrau Kollenrott, Ratsfrau Richter-Koch, Ratsherr Becker und Ratsherr Vaupel.

Zur Tagesordnung weist Bürgermeisterin Lankeit auf die mit Schreiben vom 3.11.2008 mitgeteilte Ergänzung um den neuen

TOP 42.1 Resolution betr. Zuschussverträge DT und GSO

hin und teilt darüber hinaus mit, dass der Verwaltungsausschuss in seiner Vorbereitung der heutigen Sitzung empfohlen habe, die TOP 14 und 36 zurückzuziehen.

Wegen des engen sachlichen Zusammenhangs und der möglichen Auswirkungen soll eine Beratung zu

TOP 43: „Vertragsänderung mit dem Verein für Medienkultur Südniedersachsen e.V. über die Förderung des StadtRadios Göttingen 2009 - 2014“

vor der Beratung zu

TOP 25: „Vertrag mit dem Verein Medienkultur Südniedersachsen e.V. über die Förderung des StadtRadios Göttingen 2009 - 2014“

erfolgen.

Mit diesen Veränderungen wird die Tagesordnung einstimmig festgestellt.

2. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 14. Sitzung vom 05.09.2008

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 14. Sitzung des Rates am 5.9.2008 wird einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Meyer teilt mit, dass die Stadt Göttingen als „Stadt der jungen Forscher 2009“ ausgezeichnet wurde.

Weiterhin befände sich die Stadt Göttingen unter den letzten 5 Teilnehmerstädten bei der bundesweiten Aktion „Mission Olympic“.

Abschließend berichtet Oberbürgermeister Meyer von der Reise der Göttinger Delegation nach Nanjing und ergänzt, dass ebenfalls eine Einladung an Vertreter der chinesischen Stadt für einen Gegenbesuch im kommenden Jahr ausgesprochen wurde.

4 . Einbringung der Entwürfe der Haushaltspläne der Stadt Göttingen, der selbständigen Stiftungen und der Ruhelohnkassen für das Haushaltsjahr 2009

Oberbürgermeister Meyer und Erster Stadtrat Suermann geben zu den Haushaltsplanentwürfen 2009 und den Wirtschaftsplänen jeweils eine Stellungnahme an.

Im Verlauf der Sitzung wurden die Haushaltsplanentwürfe an die Ratsmitglieder verteilt.

(Anmerkung: Die Haushaltsreden liegen schriftlich vor und wurden bereits mit gesonderter Post verschickt; es gilt das gesprochene Wort).

5 . Gemeinsamer Antrag der CDU- und FDP-Ratsfraktionen betr. 'Ausbau der Verwaltungsstellen zu Bürgerbüros'
Vorlage: Inter/022/08

Bürgermeisterin Lankeit teilt mit, dass der Rat empfohlen habe, über diesen Antrag direkt zu beschließen.

Im Anschluss begründet Ratsfrau Fischer den gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Ratsfraktionen und teilt u.a. mit, dass bereits aufgrund eines ähnlichen Antrages der SPD-Ratsfraktion im Jahr 2004 die Verwaltung eine Stellungnahme im Fachausschuss vorgelegt habe, die auch mit einer Kostenzusammenstellung verbunden gewesen sei.

Der Antrag wurde dann im Jahr 2007 für erledigt erklärt.

Da die Verwaltung derzeit Überlegungen über Umstrukturierungen anstelle, sollten die Wünsche und Hinweise der Fraktionen mit einfließen.

Die drei Verwaltungsstellen Geismar, Grone und Weende leisten nach der Eingemeindung 1964 neben der Betreuung der Ortsräte auch bürgernahe, ordnungsbehördliche Aufgaben. Diese sollten nach ihrer Auffassung ausgeweitet und hinsichtlich der Veränderungen im Passwesen ab dem Jahr 2010 auch technisch und personell entsprechend ausgestattet werden.

Die Verlagerung vieler Aufgaben in die Verwaltungsstellen hätte sicherlich auch zur Folge, dass durch die Umsetzung entsprechenden Personals eine Entlastung der knappen Raumkapazitäten des Neuen Rathauses - insbesondere in der Meldehalle - erfolgen könnte.

Öffnungszeiten seien selbstverständlich denen des Neuen Rathauses anzupassen.

Weitere Aufgaben, die durch die Verwaltungsstellen neben den ordnungsbehördlichen Angelegenheiten wahrgenommen werden könnten (z.B. Vorverkaufsstellen für Veranstaltungen), seien denkbar und bildeten Grundlagen für eine bürgernahe Dienstleistungseinrichtung.

Lange Wege und Wartezeiten könnten hierdurch vermeiden werden. Durch kürzere Wege leiste man auch einen Beitrag zur Umwelt.

Abschließend weist Ratsfrau Fischer unter Hinweis auf die städtische Homepage darauf

hin, dass man möglichst schnell die Dienstleistungen, die auch in den Verwaltungsstellen erfüllt werden, bzw. werden sollen, öffentlich darstellen möge.

Beigeordneter Wedrins weist darauf hin, dass die Diskussionen aufgrund des angesprochenen Antrages aus dem Jahr 2004 leider versiegt seien, weil die Verwaltung sich nicht intensiv genug mit dieser Thematik auseinandergesetzt habe.

Deshalb werde die SPD-Ratsfraktion diesem vorgelegten Antrag selbstverständlich zustimmen.

Die Verwaltungsstellen sollten nicht als besondere, zusätzliche Leistung der Verwaltung sondern als selbstverständliche und für die vielen Bürgerinnen und Bürger der Ortschaften wichtige Einrichtungen beurteilt werden.

Aus guten Gründen hätten sich die Verwaltungsstellen nach der Eingemeindung auch bewährt.

Abschließend teilt Beigeordneter Wedrins mit, dass die Diskussionen um die Verwaltungsstellen seinerzeit erst aufgrund von Einsparvorschlägen des damaligen Oberbürgermeisters entstanden seien.

Beigeordneter Thielbörger begründet, warum auch die FDP-Ratsfraktion den Erhalt der Verwaltungsstellen und die Ausweitung der Aufgaben unterstützen wolle.

In den vergangenen Wochen sei sowohl bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern als auch beim Personal und den politischen Gremien Unruhe deshalb entstanden, weil die Verwaltung keine klare Aussage über die Zukunft der Verwaltungsstellen getroffen habe.

Man sei sich darüber im Klaren, dass neue Aufgaben wie z.B. die Veränderungen im Passwesen auf die Verwaltung zukommen werden.

Deshalb sei ein Konzept über die zukünftige Aufgabenverteilung einzufordern.

Es sollte jede sich bietende und realistische Möglichkeit genutzt werden, um noch näher an die Bürgerinnen und Bürger ranzurücken. Der Ausbau der Verwaltungsstellen zu „Bürgerbüros“ sei hier der richtige Weg.

Außerdem habe die Stadt Göttingen durch die Eingemeindung und den seinerzeit geschlossenen Verträgen noch Regeln zu erfüllen, wonach u.a. durch die Stadt Göttingen Verwaltungsstellen eingerichtet werden sollten, die wiederum alle Aufgaben, die aus Zweckmäßigkeitsgründen, zur Verwaltungsvereinfachung oder aber nur aus der Nähe zum Bürger auch vor Ort erledigt werden sollen, wahrnehmen sollten.

Dies sei auch in vielen vorbereitenden Sitzungen von der Verwaltung seinerzeit zugesagt worden, worauf er sich auch heute noch verlassen wolle.

Für die Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion beantragt Bürgermeister Holefleisch, den Antrag zur inhaltlichen Beratung erst in Ausschuss für Soziales und Wohnungsbau zu überweisen.

Es müssten mögliche Missverständnisse ausgeräumt werden, wonach es den Antragstellern darum gehen könnte, die Verwaltungsstellen nur um ihrer selbst willen bzw. nur zur Betreuung der Ortsräte zu erhalten.

Vielmehr müsse deutlich gemacht werden, dass man den Bürgerservice und die Leistungen verbessern wolle.

Kaum jemand der heute Anwesenden wisse, was die Verwaltungsstellen bereits zum jetzigen Zeitpunkt leisteten und welche Erwartungen darüber hinaus angestellt würden.

Dies allerdings müsse auch auf die Erwartungen außerhalb der Ortschaften, nämlich auch an das Neue Rathaus, ausgeweitet werden.

Eine angemessene Kosten- und Nutzungsanalyse, die nur mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam erstellt werden sollte, müsse vorliegen.

Er wolle z.B. in Erfahrung bringen, welche Bürgerinnen und Bürger für welche Anliegen und mit welchem Aufwand die verschiedenen Verwaltungseinrichtungen nutzen und welche der Erwartungen derzeit in den Verwaltungsstellen nicht erfüllt werden können.

Auch die Fragen, welche Rolle das Internet hierbei spielt oder spielen könnte müsse beantwortet werden.

Sollte einer Überweisung zugestimmt werden, beabsichtige er, den vorgelegten Antrag um entsprechenden Formulierungen und Forderungen zu ergänzen.

Beigeordneter Humke-Focks bekundet die grundsätzliche Unterstützung der GÖLINKE-Ratsfraktion zu diesem Antrag, der neben dem Erhalt der Verwaltungsstellen an ihren Standorten auch bewirken möge, durch ein neues Konzept die entsprechenden Einrichtungen in den Ortschaften „auf modernere Füße zu stellen“.

Die geforderte Verlagerung von Aufgaben auf die Verwaltungsstellen sei nach seiner Auffassung allerdings nur als ein erster Schritt zu betrachten, dem perspektivisch auch noch weitere Inhalte für „Bürgerbüros“ folgen mögen.

Hierzu verweist er z.B. auf die Tätigkeiten des „Weststadtbüros“ dessen Inhalte möglicherweise auch auf andere Ortsteile und Verwaltungsstellen übertragen werden könnten.

Bürgerfreundlichkeit, -nähe und Präsenz der Verwaltung liege im Interesse der GÖLINKE-Ratsfraktion und müsse intensiv gefördert werden.

Möglicherweise könnten auch Kooperationen mit Initiativen geschlossen werden, die die vorhandenen Räumlichkeiten in diesem Sinne auch außerhalb der Öffnungszeiten der Verwaltung nutzen könnten.

Einer Überweisung könne auch die GÖLINKE-Ratsfraktion zustimmen.

Erster Stadtrat Suermann weist darauf hin, dass die von dem Beigeordneten Wedrins geäußerte Behauptung, der damalige Oberbürgermeister oder der Kämmerer selbst habe die Verwaltungsstellen willkürlich auf die „Streichliste“ zur Konsolidierung des Haushaltes gesetzt, so nicht stehen bleiben dürfe.

Richtig sei, dass es nach wie vor eine Liste zur Aufgabenkritik gebe, in der es eine Vielzahl von Prüfpunkten gebe, die ständig überprüft und ggfls. mit Änderungsvorschlägen zur Optimierung oder auch grundsätzlicher Beibehaltung bedacht würden. Hierbei handele es sich um einen völlig ergebnisoffenen Prüfprozess.

Weiterhin habe er in seiner Haushaltsrede deutlich zu machen versucht, dass ein Haushalt auf den Weg gebracht werden müsse, der mit Augenmaß das unbedingt Nötige mit dem finanziell Machbaren verbinde. Im Haushaltsentwurf 2009 werde eine Ausweitung der Tätigkeiten der Verwaltungsstellen zum jetzigen Zeitpunkt nicht berücksichtigt.

Erhobene Vorwürfe, die Verwaltung sei trotz des Antrages aus dem Jahr 2004 „nicht in die Puschen“ gekommen erachte er als ungehörig. Die Verwaltung habe seinerzeit im Fachausschuss eine umfangreiche Stellungnahme vorgelegt. Die Mitglieder des Fachausschusses hätten damals noch Beratungsbedarf formuliert, dessen Ergebnis der Verwaltung zu keinem Zeitpunkt mitgeteilt wurde.

Ganz im Gegenteil habe man im Juni 2007 den in Rede stehenden Antrag einvernehmlich für erledigt erklärt.

Beigeordneter Güntzler weist darauf hin, dass als weitere Motivation für diesen heutigen Antrag die Information gewesen sei, dass die Verwaltungsstelle Weende mit nur noch einer halben Leitungsstelle - zugunsten einer vollen Stelle in der Verwaltungsstelle Grone - bedacht werden sollte.

Er schlage vor, dass der Antrag direkt beschlossen werden sollte, da nicht zu erkennen sei, welche neuen Inhalte eine vorherige Beratung im Ausschuss bringen könnte.

Von der Verwaltung werde ein Konzept erwartet, dass berücksichtigen solle, welche Änderungen vorgenommen werden müssten, welche Nutzen entstehen könnten und welche Kosten dies alles verursachen würde.

Um keine Zeit zu verlieren bittet er, diesem Antrag so zuzustimmen, der sicherlich in der Entwicklung des Konzeptes bzw. dessen anschließender Vorstellung in den Ratsgremien noch mit weiteren Anregungen gefüllt werden könnte.

Anschließend wird der Antrag auf Überweisung in den Ausschuss für Soziales und Wohnungsbau mehrheitlich gegen 9 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Sodann beschließt der Rat einmütig bei 1 Enthaltung:

„Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zum Erhalt der jetzigen Verwaltungsstellen zu erarbeiten. Dabei soll auch geprüft werden, wie durch Anpassung der Aufgaben in den Verwaltungsstellen Geismar, Grone und Weende diese zu Bürgerbüros weiterentwickelt werden können. Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen.

Das Konzept ist den zuständigen Ratsgremien und den Ortsräten vorzustellen.“

6. Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. 'Metropolitarif in der Metropolregion'
Vorlage: SPD/051/08

Bürgermeisterin Lankeit teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss empfohlen habe, diesen Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke zu überweisen.

Anschließend teilt Ratsherr Henze in der Begründung des Antrages u.a. mit, dass hierdurch die Chance ergriffen werden soll, den Bürgerinnen und Bürgern den Gedanken einer Metropolregion, an der sich zwischenzeitlich die Städte Hannover, Braunschweig, Wolfsburg und eben Göttingen beteiligten, näher in das Bewusstsein zu rücken.

Die Metropolregion werde derzeit meist als ein reines Verwaltungsgebilde wahrgenommen.

Die Chancen, die diese Metropolregion aber böte, seien nicht nur für Wirtschaft und Wissenschaft gedacht, sondern sollen selbstverständlich auch den Bürgerinnen und Bürgern Vorteile bringen. Die Wahrnehmung dieser Vorteile solle durch den Antrag gestärkt werden.

Ratsherr Henze weist weiter darauf hin, dass man diesen Antrag von einer Initiative der SPD- und Bündnis90/Die Grünen-Fraktionen in Hannover übernommen habe, die durchaus auch auf die hiesigen Verhältnisse projiziert werden könne.

Dadurch könne gezeigt werden, dass man die Metropolregion auch als Chance nutzen wolle, die Kooperationen der Gemeinden untereinander zu verbessern.

Bei der Frage, welche Tarife derzeit im öffentlichen Personennahverkehr regional vorhanden seien und ob diese nicht ausreichten, komme man schnell zu dem Ergebnis, dass die Tarifstrukturen des Verkehrsverbundes Südniedersachsen (VSN) örtlich begrenzt seien und für Pendler außerhalb dieses Verbundes keinen Vorteil brächten.

Es bestünden nach seiner Kenntnis eine Vielzahl von Pendlerbeziehungen nach Hannover, Braunschweig und Wolfsburg, bei denen ein einheitlicher Tarif nur Vorteile für die Nutzer bringen könnte.

Abgesehen davon werde derzeit der Nutzen des VSN für Göttingen ohnehin diskutiert und auf den Prüfstand gestellt.

Die SPD-Ratsfraktion wolle den Bürgerinnen und Bürgern einen mittelbaren Nutzen zukommen lassen, der die Metropolregion erlebbar machen solle.

Ratsherr Semmelroggen teilt mit, dass die FDP-Ratsfraktion der Überweisung zustimmen werde. Allerdings bittet er in den Beratungen neben den Tarifen auch eine Vertaktung der jeweiligen regionalen Fahrpläne zur Sprache zu bringen und zu ermöglichen.

Ratsherr Welskop stimmt namens der CDU-Ratsfraktion ebenfalls einer Überweisung zu, da die Metropolregion derzeit noch nicht ausreichend mit Leben gefüllt sei und im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger auch noch nicht angekommen sei.

Der Vorschlag eines Metropolitarifes könnte durchaus geeignet sein, dieses zu verbessern.

Beigeordneter Humke-Focks teilt mit, dass auch die GöLINKE-Ratsfraktion einer Überweisung zustimmen werde. Neben den Beratungen über die politischen Ziele wie z.B. der Wirtschaftsförderung, der Kostenminimierung oder auch dem Abbau oftmals bestehender Konkurrenzen der Gemeinden untereinander sollte auch über noch zu bestimmende Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger in den Regionen diskutiert werden.

Auch sollte vor Ort erst die Frage beantwortet werden, wie man den vielen Menschen, die Leistungen nach dem SGB beziehen würden und sich die derzeit hohen Fahrpreise nicht leisten können, überhaupt die Teilnahme am öffentlichen Personenverkehr ermöglichen könne.

Wie man vor Ort ein attraktives und umfassendes Angebot mit sozial verträglichen Tarifen schaffen könne, sollte vor den weit reichenderen Beratungen über Vereinheitlichung und Vertaktung der Fahrpläne dargestellt werden.

Der Rat beschließt im Anschluss einstimmig, den nachfolgenden Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke zu überweisen:

„Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den anderen Akteuren in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg bis Ende 2009 einen Metropolitarrif für den ÖPNV zu entwickeln.

Analog zu den Tarifstrukturen bei der GÖVB sind dabei Angebote für regelmäßige Nutzerinnen (z.B. Monatskarten und Jahresabos) und darüber hinaus für Tickets für EinzelnutzerInnen aufzuzeigen.“

7. Gemeinsamer Antrag der Bündnis90/Die Grünen- und GöLINKE-Ratsfraktionen betr. 'Resolution: Keine CASTOR-Transporte durch Göttingen nach Gorleben'
Vorlage: Inter/021/08

Bürgermeister Lankeit teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss empfohlen habe, über diesen Antrag direkt zu beschließen.

Im Anschluss verliest und begründet Ratsfrau Morgenroth den folgenden gemeinsamen Antrag der Bündnis90/Die Grünen- und GöLINKE-Ratsfraktionen:

1. „Der Rat der Stadt Göttingen fordert die Bundesregierung auf, alle Atommülltransporte nach Gorleben auszusetzen bis die Entscheidung für ein atomares Endlager endgültig gefallen ist. An dem 2001 beschlossenen Atomausstieg in Deutschland darf nicht mehr gerüttelt werden. Restlaufzeiten dürfen nicht mehr verlängert werden. Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, die Energiewende durch eine stärkere Förderung regenerativer Energien zu beschleunigen.
2. Der Rat fordert von der Landesregierung eine rückhaltlose Aufklärung des Skandals im Salzbergwerk. Zu diesem Zweck ist ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss einzurichten. Der Gesetzgeber hat zudem dafür zu sorgen, dass Anlagen dieser Art grundsätzlich nach den Vorgaben des Atomrechts betrieben und kontrolliert werden.
3. Der Rat fordert von den großen Energiekonzernen, namentlich von der Eon-Mitte AG, dem größten Stromversorger in der Region Göttingen, der nach wie vor über 50

Prozent des von ihm vertriebenen Stroms aus Atomkraftwerken bezieht, eine moderne Umgestaltung seiner Energieversorgung, ausgerichtet auf die Entwicklung und Ausweitung der Erneuerbaren Energien und den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergienutzung. Die Stromversorger werden zudem aufgefordert, die regionalen Bemühungen zur Verringerung des Energieverbrauchs und zur Förderung regenerativer Energien zu unterstützen, z.B. durch eine angemessene finanzielle Beteiligung an der geplanten Energieagentur von Stadt- und Landkreis Göttingen.

4. Die Verwaltung der Stadt Göttingen hat im vergangenen Jahr ihre Stromversorgung vollständig auf Ökostrom umgestellt. Sie rät allen GöttingerInnen zum Wechsel des Stromanbieters, sofern ihr bisheriger Energieversorger seinen Strom aus Atomstrom bezieht.
5. Der Rat der Stadt unterstützt die zahlreichen Bürgerinitiativen vor Ort in ihrem Widerstand gegen die Atomkraft und die Atommülltransporte ins Wendland und ruft zu friedlichem Protest auf!

Ratsfrau Morgenroth vertritt die Position, dass die Nutzung der Atomenergie einer der größten Irrtümer der Menschheit sei. Allen Anwesenden dürfte bekannt sein, dass die Halbwertszeit radioaktiver Substanzen, die bei der Produktion von Atomstrom anfielen, unvorstellbar lang sei. Niemand könne Lösungen aufzeigen, wie man mit diesem Atommüll umzugehen habe, ohne die Umwelt und die Natur zu beschädigen.

Je länger Atomkraftwerke betrieben würden, desto größer werde dieses Problem. Eine weitere Verzögerung des Ausstiegs aus der „Atomenergie“ behindere einen zügigen Ausbau einer zukunftsweisenden Energiewende.

Anschließend führt Ratsfrau Morgenroth viele weitere Aspekte auf, die seit Jahren gegen die Produktion von Atommüll sprächen und nach wie vor aktuell seien.

Deshalb setzen sich „Die Grünen“ auf Bundesebene dafür ein, die Nutzung von Atomenergie über das Grundgesetz zu verbieten.

Ebenfalls auf Bundesebene würden derzeit strafrechtliche Schritte gegen die Verantwortlichen des Atommülllagers „Asse II“ geprüft.

Nach Auffassung ihrer Fraktion seien Gutachten über die Lagerung des Atommülls nicht objektiv genug und wider besseres Wissens über die tatsächlichen Gefahren erstellt und veröffentlicht worden.

In Deutschland bestehe ein Überangebot an Kraftwerkskapazität, wodurch die Möglichkeit geschaffen wurde, Strom auch ins Ausland liefern zu können. Hinter der Forderung nach Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke stehe nach Einschätzung der Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion ein unverantwortliches und rein wirtschaftliches Interesse.

Dass hierbei aber die Kreisläufe der Natur missachtet würden, sei mehr als destruktiv. Der grenzenlose Raubbau an der Natur zeuge von einer ebenso grenzenlosen Gier, die es zu überwinden gelte.

Mit dem bestehenden Mythos, Atomstrom sei billiger, wolle sie an dieser Stelle aufräumen. In diese Technologie seien bis heute rd. 80 Milliarden Euro stattliche Subventionen geflossen. Welche Kosten durch den Rückzug auf den Steuerzahler zukämen, sei derzeit noch nicht abzusehen.

Jeder, der nur auf den von ihm selbst aktuell zu zahlenden Preis schaue ohne auf die Folgekosten zu achten, mache sich mit an einer weiteren Nutzung von Atomkraftwerken schuldig,

Um den nachfolgenden Generationen eine Perspektive bieten zu könne, dürfe nicht so weiter gehandelt werden wie bisher.

Zukunftsweisende Energieerzeugung sei auch ohne Atom- und Kohlekraftwerke möglich und bezahlbar.

Da bis zum Jahr 2020 die CO²-Emissionen um 40 Prozent verringert werden müssten,

der Bruttostromverbrauch ab dem Jahr 2005 um jährlich 1 Prozent abgesenkt werden und der Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung vorangetrieben sowie der Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigt werden müsse, sei eine Energieagentur in Göttingen dringend nötig, die die Koordination der vielen guten Ansätze im Energiebereich übernehmen sollte.

Abschließend teilt Ratsfrau Morgenroth mit, dass eine grundsätzlich Ökonomie benötigt werde, die sozial und ökologisch sei.

Beigeordneter Humke-Focks teilt in Kenntnis des noch von der SPD-Ratsfraktion später gestellten Änderungsantrages mit, dass mit der eigens aufgestellten Forderung, Castor-Transporte dürften nicht durch Göttingen fahren, natürlich auch die generelle Ablehnung der Transporte verbunden sei.

Die Atommülllager seien unsicher und undicht, was derzeit von Experten auch nicht bestritten werde.

Zur Verdeutlichung zitiert Beigeordneter Humke-Focks aus einer Pressemitteilung der GÖLINKE-Ratsfraktion, in der u.a. die risikobehafteten Erfahrungen eines ehemaligen Rangierleiters des Braunschweiger Bahnhofes beschrieben werden, die er bei den Atommülltransporten jeweils gemacht habe.

Derzeit stünden noch rd. 1.200 Castor-Behälter zum Transport an.

Diese Transporte würden durchgeführt, obwohl sie einerseits großen volkswirtschaftlichen Schaden anrichteten und andererseits die Folgen nicht absehbar seien, solange es kein Mittel für die Entsorgung des radioaktiven Mülls gebe.

Zu den Kosten zitiert Beigeordneter Humke-Focks im Anschluss u.a. aus einer aktuellen Stellungnahme der Bundesregierung zu einer Anfrage der Bundestagsfraktion der „Linken“.

Diese Zahlen sollten belegen, dass auch die Stadt Göttingen sich klar positionieren sollte und alles versuchen müsse, entstehende Gefahren zu verhindern.

Die GÖLINKE-Ratsfraktion werde den in Aussicht gestellten Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion ablehnen und nur dem ursprünglichen Antrag zustimmen.

In der Begründung führt Ratsherr Dr. Hermann u.a. aus, dass sich die SPD nach wie vor zu dem im Jahr 2002 beschlossenen Atomausstieg bekenne.

Als im Dezember 1938 die Kernspaltung entdeckt wurde, ahnte man noch nicht, welche weitreichenden Folgen dies haben könnte. Erst die Schäden und Folgen, die Atombomben verursachten hätten dazu geführt, dass man sich unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg gegen den Einsatz von Kernenergie zu militärischen Zwecken gewandt habe.

Allerdings habe auch die nunmehr als „friedlich“ bezeichnete Nutzung der Kernenergie erhebliche negative Folgen für die Menschheit.

Darüber hinaus laufe die Förderung der zivilen Nutzung der Kernenergie den Bemühungen um die Einhaltung der Nichtverbreitung von Atomwaffen entgegen. Alle Staaten, die heute Atomwaffen besäßen hatten ursprünglich nur eine zivile Nutzung vorgesehen.

Deutschland verfüge nicht über Atomwaffen, jedoch sei festzustellen, dass die USA auf deutschem Boden Atomwaffen in unbekannter Zahl und Qualität lagern würden.

Dieses Themas sollte sich die Bundesregierung gemeinsam mit den USA mit ihrem neu gewählten Präsidenten einmal genauer widmen.

Auch wenn die Castor-Behälter nicht mit Atomwaffen verglichen werden dürften, müsse auch hier deutlich auf die Gefahren hingewiesen werden, die von ihnen ausgehen.

Dem vorliegenden Antrag könne die SPD-Ratsfraktion allerdings nicht zustimmen, da u.a. der Kreis der Adressaten zu umfangreich sei.

Auch die Forderung, dass keine Castor-Transporte durch Göttingen führen dürften sage nichts darüber aus, ob andernorts die Transporte akzeptiert würden.

Anschließend geht Ratsherr Dr. Hermann auf die einzelnen Punkte des Antrages ein und weist u.a. darauf hin, dass der Einfluss des Rates sicherlich nicht ausreiche, die Forderungen umzusetzen.

Auch müsse es jedem freistehen, welche Art Strom er beziehen wolle. Man könne zwar Informationen liefern und jeden Einzelnen zum Nachdenken anregen, aber zum Widerstand aufzurufen, sei nicht Aufgabe des Rates der Stadt Göttingen.

Für die SPD-Ratsfraktion stellt Ratsherr Dr. Hermann anschließend folgenden Änderungsantrag:

„Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen bekräftigt nachdrücklich seine Resolution vom 08.11.2002 und fordert, solange die Zweifel an Sinn und Zuverlässigkeit der Castortransporte in das Zwischenlager nach Gorleben nicht vollständig ausgeräumt sind, auf jeden weiteren Transport zu verzichten.“

Beigeordneter Güntzler teilt mit, dass sich die CDU-Ratsfraktion diesen Ausführungen - was die Kommentierung des ursprünglichen Antrages betreffe - in Gänze anschließen könne.

Der Rat der Stadt Göttingen habe sich in dieser Form nicht mit Welt-, Bundes- oder Landespolitik zu beschäftigen.

Zum Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion könne er auf die Niederschrift über die Ratssitzung am 8.11.2002 verweisen, der inhaltlich nichts hinzuzufügen sei.

Ratsherr Höfer weist darauf hin, dass mit dem heutigen Antrag der Beschluss aus dem Jahr 2002 nicht außer Kraft gesetzt werden solle und der Änderungsantrag, der nach Ansicht seiner Fraktion gar keine Änderung sondern eine Ergänzung darstelle, durchaus als Teil der Forderungen mit in den Beschluss gelangen sollte.

Auch habe der Rat schon des Öfteren politische Resolutionen beschlossen.

Nach der sich anschließenden kurzen Diskussion wird der Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion von den Antrag stellenden Bündnis90/Die Grünen- und GÖLINKE-Ratsfraktionen übernommen.

Sodann stellt Bürgermeisterin Lankeit den nun geänderten Antrag zur Abstimmung.

Anschließend wird der gemeinsame Antrag der Bündnis90/Die Grünen- und GÖLINKE-Ratsfraktionen, ergänzt um den übernommenen Antrag der SPD-Ratsfraktion, vom Rat mit Mehrheit gegen 9 Ja-Stimmen abgelehnt.

Im Anschluss wird in der Zeit von 18.15 Uhr bis 18.20 Uhr die Einwohnerfragestunde durchgeführt.

Zur direkten Frage von Herrn Kunze, wie Bürgermeister Gerhardy zu der Idee der Einrichtung von Umweltzonen in Göttingen stehe, teilt dieser mit, dass dem Umweltschutz grundsätzlich positiv beigetreten werden müsse und Umweltzonen grundsätzlich zu befürworten seien.

Zur gleichen Frage an die GÖLINKE-Ratsfraktion gerichtet, teilt Beigeordneter Humke mit, dass man sich noch im Diskussionsprozess und einer abschließenden Meinungsbildung befände.

Frau Planert bittet um Auskunft, wie sich die Stadt Göttingen zu der aktuellen Problematik hinsichtlich Vernachlässigungen von Kinder positioniere und wann damit zu rechnen sei,

dass jedes Kind, bei denen die Eltern dies wünschen, einen Betreuungsplatz erhielten.

Stadtrat Hecke teilt mit, dass die Stadt Göttingen - mit ihrem Krippenangebot und einem Deckungsgrad von 33 % - zu den führenden Kommunen in Deutschland gehöre. Trotzdem sei seit längerem bekannt, dass ein noch höher Bedarf bestehe.

Aufgrund aktueller Befragungen sei bekannt, dass noch rd. 300 Plätze in Göttingen fehlen würden. Diese sollen sukzessiv Jahr für Jahr geschaffen werden. Aktuelle Gesetzesänderungen unterstützen die Schaffung von entsprechenden Plätzen.

Sollten mit dieser Frage allerdings individuelle Probleme gemeint seien, sollten die Betroffenen sich direkt an die Verwaltung wenden, wo ihnen auch geholfen werden könne.

Herr Schmiedel bittet hinsichtlich des derzeit diskutierten „Masterplanes gegen Kinderarmut“ um Auskunft, in welcher Form Jugendliche und junge Erwachsene berücksichtigt würden, die nicht hierunter fielen.

Stadträtin Dr. Schlapeit-Beck teilt hierzu mit, dass der angesprochene Masterplan alle Minderjährigen bis zum 18. Lebensjahr umfasse.

Weitere Ausführungen sollten im Fachausschuss erfolgen.

8. Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. 'Wohnen im Alter'
Vorlage: CDU/036/08

Bürgermeisterin Lankeit teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss empfohlen habe, diesen Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales und Wohnungsbau zu überweisen.

Im Anschluss teilt Ratsfrau Schultz in der Begründung des Antrages u.a. mit, dass es in den vergangenen Monaten bereits eine Vielzahl von Veranstaltungen gegeben habe und noch geben soll, die sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“ beschäftigen.

Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass es einen dringenden Handlungsbedarf bezüglich einer zukunftsorientierten Umstrukturierung des Wohnens gebe. Dadurch sollen passgenaue Strukturen entwickelt werden, um älteren Bürgerinnen und Bürgern einen möglichst langen Verbleib in ihrer häuslichen Umgebung zu ermöglichen.

Viele Wünsche der Betroffenen dazu seien in den Veranstaltungen bereits geäußert worden.

In Göttingen seien auch schon erste Schritte eingeleitet worden. So seien die Ergebnisse des stadtteilbezogenen Projekts auf dem Leineberg und die Erstellung des Bestands- und Bedarfsberichts zur „Lebensphase Alter in Göttingen“ sehr aufschlussreich und interessant.

Für diesen Bericht spricht Ratsfrau Schultz ihren ausdrücklichen Dank an die Verwaltung und allen Beteiligten aus.

Nun dürfe man aber nicht stehen bleiben und müsse ein Gesamtkonzept entwickeln, das sowohl die Potentiale und Ressourcen, als auch den Hilfe- und Unterstützungsbedarf von Senioren und Seniorinnen berücksichtigen solle.

Der genannte Bericht zeige u.a. auf, welche Beratungsangebote, Arbeitskreise und Netzwerke es bereits gebe, die sich aktiv und kompetent mit der Thematik befassen.

Auch im Bereich der Bauträger oder der privaten Vermieter gebe es Ideen und großes Interesse, dem demografischen Wandel im Bereich Wohnen zu entsprechen und adäquate Wohnangebote zu schaffen, die auch bei gesundheitlichen Einschränkungen der Milder weiter genutzt werden können und mit Service- und Pflegeleistungen

kombinierbar sein sollten.

Mit diesem Antrag soll eine Vernetzung angeregt werden, die alle Interessen verbindet, koordiniert und die ältere Generation berät und informiert.

„Seniorenpolitik“ müsse als Querschnittsaufgabe gesehen und zu einer zentralen Handlungs- und Entscheidungsgrundlage werden, von der die gesamte Stadtentwicklung einschließlich der Verkehrsplanung und Wirtschaftsförderung tangiert werden müsse.

Gemeinsam sollte eine optimale Versorgung im Bereich „Wohnen im Alter“ hergestellt und die Wünsche und Bedürfnisse älterer Menschen aufgegriffen und umgesetzt werden.

Beigeordneter Arndt teilt mit, dass die SPD-Ratsfraktion sich diesem Antrag in vollem Umfang anschließen könne. Das Thema „Wohnen im Alter“ beschäftige den Rat schon seit einigen Jahren. Über die bereits umgesetzten Maßnahmen hinaus, die auch gut in dem genannten Bericht „Lebensphase Alter in Göttingen“ beschrieben wurden, gebe es sicherlich noch weitere gute Möglichkeiten, bei denen auch die Fachkompetenz des städtischen Fachdienstes Hochbau mit einbezogen werden könne.

Vorrangiges Ziel sollte sein, den älteren Menschen ein möglichst langes Wohnen in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Alles Andere sollte die Ausnahme sein.

Das vorhandene „knowhow“ u.a. der Freien Altenarbeit und des Seniorenbeirates sollte ebenfalls genutzt werden. Er wolle dafür werben, dass auch die federführende Koordinierungsstelle hierzu bei der Freien Altenarbeit liegen sollte.

In den Beratungen im Fachausschuss sollte auch Augenmerk darauf gelegt werden, ob und wie man bestehende Strukturen in den Alten- und Pflegeheimen entsprechend verändern könnte.

Sollte es gelingen, eine Koordinierungsstelle im Sinne dieses Antrages zu installieren, werde gleichzeitig ein wichtiger Standortvorteilfaktor geschaffen, der es auch möglich machen sollte, dass sich alte Leute hier gern niederlassen würden.

Der Überweisung in den Fachausschuss stimme die SPD-Ratsfraktion ebenfalls zu.

Beigeordneter Humke-Focks weist darauf hin, dass es sicherlich keinen Dissens im Rat zu den aufgeworfenen Fragen gebe.

Göttingen sei in dieser Thematik bereits recht gut aufgestellt, was ein Blick in den Bericht „Lebensphase Alter in Göttingen“ sehr deutlich mache.

Aus Sicht der GÖLINKE-Ratsfraktion sollte für diese Koordinierungseinrichtung aber eine zusätzliche Personalstelle in der Verwaltung geschaffen werden.

Bei den Beratungen im Fachausschuss müssten auch Antworten auf Fragen gefunden werden, die insbesondere die vorhandenen Überkapazitäten in den Alten- und Pflegeheimen betreffen.

Er freue sich auf die Diskussionen im Fachausschuss und stimme der Überweisung zu.

Für die Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion bekundet Ratsherr Höfer die Zustimmung zu einer Überweisung in den Fachausschuss, da dieser Antrag ausdrücklich unterstützt werde. Insbesondere die in der Antragsbegründung genannte Forderung „das Bewusstsein für alternative Wohnformen der älteren Generation in der Öffentlichkeit zu wecken und zu fördern“ werde in vollem Umfang unterstützt, da aktuell lediglich rd. 2 Prozent der älteren Menschen in sogenannten „Alternativen Wohnformen“ lebten.

Hinweisen solle er allerdings darauf, dass die im Antrag geforderte Koordination und Vernetzung bereits seit längerer Zeit von der Freien Altenarbeit Göttingen geleistet werde.

Hierzu verweist Ratsherr Höfer auf ein gut besuchtes Fachgespräch zum Thema „Gemeinschaftswohnprojekte“ im Juli 2007, in dem die Interessen an diesen Projekten und über Umsetzungsmöglichkeiten mit Göttinger Wohnungsbauunternehmen ausführlich diskutiert worden sei.

Als weiteres Beispiel sei das Projekt „Mobile Wohnberatung“ zu nennen, in dem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Freien Altenarbeit regelmäßig Orte in ganz Südniedersachsen anfahren würden und ältere Menschen über altersgerechtes, nachbarschaftliches und gemeinschaftliches Wohnen berieten. Diese guten Ansätze

sollten herangezogen werden.

Sodann beschließt der Rat einstimmig, den nachfolgenden Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales und Wohnungsbau zu überweisen:

„Der Rat möge beschließen:

die Verwaltung wird beauftragt, eine Koordinierungsstelle zu bilden, welche die Aufgabe hat, verschiedene private Interessenten, Interessengruppen und Gemeinschaftswohnprojekte zum Thema „Wohnen im Alter“ zu beraten, zu vernetzen und zu koordinieren, sowie das Bewusstsein für alternative Wohnformen der älteren Generationen in der Öffentlichkeit zu wecken und zu fördern.“

- 9 . Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion betr. 'Neue Kinderspielplätze in Göttingens Innenstadt'
Vorlage: B' 90/064/08

Bürgermeisterin Lankeit teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss empfohlen habe, diesen Antrag zur weiteren Beratung in den Jugendhilfeausschuss zu überweisen.

Ratsherr Höfer zitiert in der Begründung des Antrages aus der Niederschrift der Ratssitzung vom 09.07.1999, nach der aufgrund eines Antrages der Grünen in Göttingen insbesondere Verhandlungen aufgenommen werden sollten mit dem Ziel, die als Parkplatz genutzte Fläche Ecke Papendiek/Pauliner Straße in eine Grünfläche mit Spielplatz umzuwandeln und die hierfür erforderlichen Kosten rechtzeitig zur Haushaltsaufstellung des Jahres 2000 zu ermitteln.

Einer Stellungnahme der Verwaltung folgend, wurde der Antrag auf Einrichtung einer Grünfläche mit Spielplatz in der Innenstadt grundsätzlich befürwortet. Das damalige Jugendamt habe zugesagt, notwendige Vorgespräche mit der Universität und noch zu beteiligenden Ämtern aufzunehmen. Auch sollten gleichzeitig Grundstücksfragen (Tausch, Kauf, Überlassung) mit thematisiert werden. Bis heute habe sich dahingehend keine Veränderung ergeben und der Parkplatz sei immer noch vorhanden.

Zwischenzeitlich wurde über diese Fläche und einer Nutzung als Spielfläche mehrmals auch in anderen Zusammenhängen diskutiert. Dies allerdings bis heute ohne Ergebnis.

Die Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion wolle nun einen erneuten Vorstoß wagen, damit allgemein mehr Spielmöglichkeiten in der Innenstadt geschaffen werden und insbesondere die in Rede stehende Fläche in die Diskussionen rücken möge.

In der Göttinger Innenstadt gebe es derzeit nur drei Spielorte. Neben dem Spielplatz an der Jakobikirche und dem nicht abgegrenzten Spielort an der Johanniskirche gebe es lediglich noch am Nikolaikirchhof - zwischen der Bebauung Düstere Straße und Nikolaistraße - einen Innenstadtspielplatz.

Dieses kleine Angebot sei für eine kinder- und familienfreundliche Stadt nicht gerade befriedigend.

Spielräume belebten die Innenstädte und stärkten die Lebens- und Aufenthaltsqualität der Erwachsenen.

Nun sei zu befürchten, dass ausgerechnet eine dieser Spielflächen dem geplanten „Kunstquartier“ weichen solle. Nach einer Projektskizze solle die Stadt Göttingen nämlich genau dieses Grundstück in das Projekt einbringen und alternative Spielflächen herstellen.

Nach seiner Einschätzung sollte aber gemeinsam mit dem Initiator des Projektes geprüft werden, ob dieser lebenswerte Ort für Kinder nicht doch erhalten werden könne.

Oftmals sei es so, dass sich Kunst und Kinder besser vertragen würden, als es der Entwurf des Kunstquartiers vorsehe.

Er wünsche sich darüber hinaus, dass die Verwaltung ggfls. nicht nach Alternativen

suchen möge sondern zusätzliche Spielmöglichkeiten schaffen sollte.

Im Rahmen der in den letzten Jahren gestärkten Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität Göttingen sollte es durchaus möglich werden, den genannten Parkplatz in den Mittelpunkt des Interesses zu stellen, zumal die bisherige Funktion sicherlich keine Zier für eine derart exponierte Stelle im Stadtbild böte.

Das gleiche treffe auch auf die ebenfalls als Parkplatz genutzte Brachfläche in der Baulücke in der Angerstraße zu. Hier einen Spielplatz einzurichten habe nicht nur wegen des direkten Zugangs zum Leinekanal seinen Reiz.

Auch würden Ziele des Leitbildes 2020 ernst genommen und die Beseitigung stadtbild zerstörender Stellplatzanlagen verfolgt, sowie die Errichtung stadtbildverträglicher Anlagen forciert. Weiterhin könne es hierdurch zu einer gestalterischen Aufwertung des Leinekanals kommen.

Dies seien nur erste Ergebnisse einer Diskussion, in der selbstverständlich auch Vorschläge für weitere Standorte einfließen können.

Die Verwaltung möge daher nochmals in die Prüfung der Innenstadtflächen eintreten und Vorschläge für weitere Spielorte vorlegen.

Er bittet, diesen Antrag, der den Anspruch einer kinder- und familienfreundlichen Stadt bekräftigen solle, zu unterstützen.

Für die SPD-Ratsfraktion teilt Ratsfrau Behbehani mit, dass man immer für bessere und neue Spielplätze „zu haben sei“. Daher werde auch jährlich beantragt, den „Topf“ für die Spielplätze aufzustocken. Dieser vorgelegte Antrag sei grundsätzlich nicht mehr nötig, da die Spielplätze in Göttingen ein Dauerthema im Jugendhilfeausschuss seien.

Aufgrund eines entsprechenden Antrages der SPD-Ratsfraktion im Jahr 2004 habe die Verwaltung ein anspruchsvolles Konzept vorgelegt, in dem u.a. neue Spielgeräte und deren Standorte für die Innenstadt vorgeschlagen wurden.

Dieses Konzept werde auch bei der Planung der Göttinger Fußgängerzone mit berücksichtigt.

Die besagte Initiative ihrer Fraktion habe auch zur Folge gehabt, dass Sponsoren für die Spielgeräte an der Johanniskirche gefunden und der Spielplatz an der Jacobikirche restauriert werden konnte.

Neben den in der Innenstadt lebenden rd. 300 Kinder kämen noch eine Vielzahl weiterer Kinder, die sich gemeinsam mit ihren Eltern in die Innenstadt aufhalten würden.

Es gebe eine Reihe von geeigneten Flächen, die man zu Spielorten umwandeln könne.

Der Aufnahme von Gesprächen mit der Universität und auch dem Initiator des Kunstquartiers könne die SPD-Ratsfraktion - wie auch der Überweisung des Antrages in den Jugendhilfeausschuss - selbstverständlich zustimmen.

Oberbürgermeister Meyer weist darauf hin, dass bei den Diskussionen die beiden Spielplätze im Cheltenhampark ständig außer Acht gelassen würden, die nach seiner Einschätzung aber durchaus zur Innenstadt gezählt werden könnten.

Er teilt darüber hinaus mit, dass es mehrfach Gespräche mit der Universität Göttingen gegeben habe, die auch die Nutzung der Fläche an der Paulinerkirche zum Inhalt hatten.

Die Universität selbst beabsichtige, die Fläche umzugestalten. Allerdings lehne man einen Spielplatz ab weil befürchtet werde, dass diese Flächen wiederum zweckentfremdet und von anderen Nutzern frequentiert würden.

Der Platz in der Angerstraße sei in Privatbesitz und ebenfalls nicht so einfach als Spielplatz herzurichten.

Es sollte gemeinsam darüber nachgedacht werden, ob die vorhandenen Spielplätze nicht erweitert und verbessert werden könnten.

Abschließend teilt Oberbürgermeister Meyer mit, dass das Projekt „KuQua“ nicht gleichbedeutend mit einer ersatzlosen Streichung des Kinderspielplatzes sei. Dies habe er auch immer betont.

Ratsherr Wucherpennig weist darauf hin, dass ordentliche und bedarfsgerechte Kinder-

und Jugendspielplätze eine Selbstverständlichkeit sein sollten. Man müsse sich hierbei die Frage stellen, ob es dafür überhaupt genügend Raum und verkehrsfreie Flächen in Göttingen gebe.

Auch wenn Göttingen schon einiges für Familien zu bieten habe, bestehe noch dringender Nachholbedarf - insbesondere bei der Anzahl der Spielplätze in der Innenstadt.

Steigendes Verkehrsaufkommen und Verdichtung der Bebauung hätten dazu geführt, dass die Stadtlandschaft, die Straßen und die öffentlichen Verkehrsflächen immer mehr die Funktion verlören, Spielräume für Kinder zu sein, die wiederum in umzäunte Bezirke der Spielplätze gedrängt würden.

Es sei eine wichtige Aufgabe der Stadtplanung, die Lebensqualität für alle Menschen in der Stadt zu erhöhen, was die Schaffung von Grün- und Spielflächen für Kinder ausdrücklich mit einschließe.

Die Umwandlung der beispielhaft genannten Flächen sollte durchaus möglich sein, zumal zumindest der Platz in der Angerstraße eher einem Schlamm- und Schotterplatz gleiche.

Zum Spielplatz in der Nikolaistraße teilt Ratsherr Wucherpennig mit, habe seine Fraktion von Anbeginn der Planungen eines „Kunstquartiers“ an betont, dass man dem nur zustimmen werde, wenn dieser Platz erhalten bleibe.

Da dies durch die Verwaltung bereits bestätigt worden sei, verlasse er sich auch darauf.

Der Überweisung in den Jugendhilfeausschuss stimme die GÖLINKE-Ratsfraktion zu.

Für die FDP-Ratsfraktion führt Ratsfrau Dr. Funck die Gründe aus, warum ebenfalls einer Überweisung zugestimmt werde.

Auch sie vertrete die Auffassung, dass der Spielplatz im Kunstquartier erhalten bleiben müsse, weil Kunst zum Leben gehöre und Kinder nicht früh genug an die Kunst herangeführt werden können.

Auch sei sie persönlich der Auffassung, dass insbesondere im Bereich des Kaufhauses Carre dringender Handlungsbedarf bestehe, da die Kinder dort nach ihren Beobachtungen zwischen Mülltonnen spielen müssten.

Sie könne auch weitere Flächen in der Innenstadt nennen, die sich hervorragend für Spielplätze aber auch für „Gemeinschaftsplätze“ eigneten, an denen mehrere Generationen gleichermaßen Freude hätten.

Der Rat beschließt im Anschluss einstimmig, den nachfolgenden Antrag zur weiteren Beratung in den Jugendhilfeausschuss zu überweisen:

„Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Angebot an Kinderspielplätze in der Innenstadt zu verbessern. Zu diesem Zweck sollen

- 1. von der Verwaltung weitere bzw. alternative Vorschläge für die Einrichtung neuer Kinderspielplätze in der Innenstadt (Bereich innerhalb des Walls) vorgelegt werden.**
- 2. insbesondere Verhandlungen mit den Eigentümern der beiden Parkplätze an der Paulinerkirche (Ecke Papendiek/Pauliner Straße) und in der Angerstraße (Parkfläche zwischen Angerstraße und Leinekanal) über den Erwerb der Grundstücke geführt werden mit dem Ziel, dort neue Kinderspielplätze einzurichten.**
- 3. im Rahmen der Planungen für ein neues Kunstquartier (KuQua) Verhandlungen mit dem Investor geführt werden mit dem Ziel, den Kinderspielplatz im Nikolaiviertel zu erhalten.“**

Im Anschluss wird die Sitzung für eine Pause von 19.00 Uhr bis 19.30 Uhr unterbrochen

10. Antrag der GöLINKE-Ratsfraktion betr. 'Keine Grabsteine durch Kinderarbeit'
Vorlage: LINKE/015/08

Bürgermeisterin Lankeit teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss empfohlen habe, diesen Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke zu überweisen.

Im Anschluss teilt Ratsfrau Fuge in der Begründung des Antrages u.a. mit, dass bereits im September 2007 ein Antrag ihrer Fraktion zum Thema „Keine Produkte aus Kinderarbeit“ eingebracht wurde, dem der Rat auch einstimmig gefolgt sei.

Ungeachtet der bereits umgesetzten Maßnahmen hierzu, könne man oftmals gar nicht sagen, welche Produkte im Alltag überhaupt aus Kinderarbeit stammten.

Durch den vorgelegten Antrag solle erreicht werden, dass durch Kinderhand erstellte Grabsteine weder auf städtischen noch anderen Friedhöfen aufgestellt werden dürfen.

Bei Grabsteinen aus europäischen Steinbrüchen könne man sich sicher sein, dass diese nicht durch Kinderarbeit entstanden seien.

Darüber hinaus solle erreicht werden, dass zukünftig schon beim Import von Grabmalen bzw. deren Materialien darauf geachtet werden müsse, aus welchem Herkunftsland diese stammen, damit durch Kinderarbeit entstandene Steine gar nicht erst eingeführt werden.

Aus diesem Grunde sollte die hiesige Friedhofssatzung dahingehend geändert werden, dass auf den Friedhöfen nur noch Grabmale mit dem sog. „Xertifix-Siegel“ zugelassen werden. Hierbei sei es wichtig, dass die Stadt die Zusammenarbeit mit den Steinmetzbetrieben suchen müsse.

Kinderarbeit sei generell ein sehr sensibles Thema und in manchen Ländern nicht zu vermeiden.

Erreicht werden sollte jedoch, dass Kinder nicht ausgebeutet würden.

Ratsherr Henze weist darauf hin, dass nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO (*International Labour Organization*) weltweit rd. 250.000.000 Kinder zwischen 5 und 14 Jahren arbeiten müssten.

Gerade die in Rede stehende Arbeit in Steinbrüchen gehöre zu den härtesten, die man sich vorstellen könne und habe erhebliche gesundheitliche Folgen für die Kinder. Dies dürfe nicht hingenommen werden.

Nach seinen Recherchen hätten sich bereits bundesweit viele Initiativen mit diesem Thema beschäftigt und auch entsprechende Anträge in den Gremien gestellt. Meist wurden auch einstimmige Beschlüsse in diesem Sinne gefasst.

Insofern sei auch dieser Antrag zu unterstützen und sollte entgegen der Empfehlung des Verwaltungsausschusses im u.a. für Friedhöfe zuständigen Umweltausschuss beraten werden (*und nicht im Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke*),

Trotzdem müsse man sich die Frage stellen, ob man diese Satzungsregelung, wonach bestimmte Grabsteine nicht zugelassen werden sollen, überhaupt einführen dürfe.

Es sei ja nicht die Verwaltung, die die Grabsteine kaufe und aufstellten sondern die Angehörigen der Verstorbenen.

Die Städte München und Andernach hätten entsprechende Regelungen in ihre Satzungen aufgenommen, was den Eindruck entstehen lasse, dass dies rechtlich möglich sei.

Heute aber habe er erfahren, dass das OLG Koblenz die Satzungsregelung in Andernach für rechtswidrig erklärt habe.

Gleichwohl sollte die Thematik im Fachausschuss beraten werden, damit - wenn sich genügend Städte finden, die sich ähnlich gegen die Ausbeutung von Kindern wenden

wollten - eine Gesetzesänderung erwirkt werden könne.

Zur Frage der möglichen Mehrkosten zertifizierter Grabsteine weist er darauf hin, dass man hier über Beträge in Höhe von rd. 5,- bis 6,- EUR plus Mehrwertsteuer pro Tonne Stein spreche.

Die SPD-Ratsfraktion werde der Überweisung zustimmen.

Für die Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion teilt Beigeordnete Dr. Sakowsky mit, dass diese Initiative der GöLinke-Ratsfraktion eine sinnvolle Konkretisierung des angesprochenen Ratsbeschlusses vom September 2007 sei.

Zur Frage, ob diese Zertifizierung möglich sei bzw. eine entsprechende Regelung in der Friedhofssatzung verankert werden könne, weist sie auf einen entsprechenden Formulierungsvorschlag der seriösen Zertifikatsstelle „Xertifix“ hin, der sicherlich rechtlich abschließend geprüft worden sei.

Beigeordnete Dr. Sakowsky bittet in diesem Zusammenhang die Verwaltung möglichst kurzfristig um Auskunft, inwieweit der angesprochene Ratsbeschluss vom September 2007 bereits umgesetzt wurde und insbesondere in Ausschreibungen diese Voraussetzung, keine aus Kinderarbeit entstandenen Produkte zu verwenden, aufgenommen worden sei.

Um die Verwaltung hier in ihren Vorbereitungen zu unterstützen verweist Beigeordnete Dr. Sakowsky auf eine Publikation des Instituts für Ökonomie und Ökonomie „Südwind“, die sich mit der Problematik von Kinderarbeit in Steinbrüchen beschäftigt und der darüber hinaus die Einflussmöglichkeiten von Kommunen zu entnehmen seien.

(Anmerkung: siehe www.suedwind-institut.de/downloads/LF_kommunen_misstaende-indien-und-china-steinbrueche.pdf)

Anschließend beschließt der Rat einstimmig, den nachfolgenden Antrag in den Umweltausschuss zu überweisen:

„Der Rat der Stadt möge beschließen:

- 1. Von der Verwaltung wird überprüft, ob die Friedhofssatzung dahingehend geändert werden kann, dass auf städtischen Friedhöfen keine durch Kinderarbeit entstandenen Grabsteine aufgestellt werden.**
- 2. Zur Durchsetzung möglicher Maßnahmen wird die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Steinmetzbetrieben gesucht.**
- 3. Die Steinmetzbetriebe werden angehalten nur noch Grabsteine mit dem „Xertifix-Siegel“ zu beziehen.**
- 4. Die Bürgerinnen und Bürger sind über die zu treffenden Maßnahmen zu informieren.“**
- 5.**

- 11 . Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. 'Gemeinsames Veranstaltungsmanagement Lokhalle, Stadthalle und Festhalle Weende'
Vorlage: SPD/052/08

Bürgermeisterin Lankeit teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss empfohlen habe, diesen Antrag zur weiteren Beratung in den Verwaltungsausschuss zu überweisen.

Anschließend verliert und begründet Ratsfrau Brückner den Antrag der SPD-Ratsfraktion und teilt u.a. mit, dass die etwas in die Jahre gekommene Festhalle Weende von den

Erfahrungen des bisher erfolgreich für die Lokhalle und die Stadthalle arbeitenden Veranstaltungsmanagement der GWG partizipieren sollte.

Mit einem geeigneten Konzept sollte es gelingen, die Festhalle in ihrer Attraktivität deutlich zu steigern. Ein gemeinsames Veranstaltungsmanagement, ein zeitgemäßes Angebot und eine abwechslungsreich vermarktete Festhalle sei sicherlich ein Gewinn, nicht nur für Weende.

Eine sich positiv entwickelnde Auslastung der Halle sollte es auch möglich machen, dass in den nächsten Jahren bedarfsgerechte Investitionen getätigt werden können.

Ratsfrau Brückner bittet, einer Überweisung zuzustimmen.

Bürgermeister Gerhardy vertritt die Auffassung, dass es sicher im Interesse aller Beteiligten und des Rates liege, die Weender Festhalle, ihre Auslastung und der Nutzen für den Ortsteil Weende und Göttingen insgesamt ins Blickfeld zu rücken.

Die gelungene gemeinsame Vermarktung von Lokhalle und Stadthalle lege es nahe, auch die Weender Festhalle professionell durch die GWG betreuen zu lassen, da dadurch insbesondere auch für kleinere Veranstaltungen ein entsprechendes Angebot vorgehalten werden könnte.

Ob dies aber dann auch immer mit den jeweiligen Weender Interessen kompatibel sei, müsse ausführlich geprüft werden.

Derzeit liege das größte Problem im Zustand der Halle. Ein Antrag der CDU-Ratsfraktion, in den aktuellen Haushalt 60.000,- EUR für Investitionen in die Weender Festhalle einzustellen, sei leider von der Mehrheit abgelehnt worden.

Grundsätzlich sei dieser heutige Antrag überflüssig, weil bereits zur Sitzung am 6.3.2008 die Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion einen gleichartigen Antrag im Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke gestellt habe, der noch nicht abschließend bearbeitet worden sei.

Der Niederschrift dieser Sitzung folgend, sollte die Verwaltung einen Bericht hierzu abgeben.

Um hier nun Ergebnisse in Erfahrung zu bringen verweise er auf die hierzu heute gestellte Anfrage seiner Fraktion (vgl. TOP 45).

Gleichwohl könne eine weitere Beratung nicht nachteilig sein. Deshalb stimme die CDU-Ratsfraktion auch einer Überweisung zu.

Für die GÖLINKE-Ratsfraktion teilt Ratsherr Wucherpfennig mit, dass die Weender Festhalle auf jeden Fall erhalten bleiben müsse.

Der derzeit bauliche Zustand zeuge allerdings davon, dass die Festhalle ein eher „kümmerliches Dasein“ fristen musste. Hierauf habe das damalige Ratsmitglied, Herr Hans Otto Arnold auch mehrfach hingewiesen.

Es wäre daher zu begrüßen, wenn die Vermarktung professionalisiert werden könnte um die Attraktivität der Halle zu steigern.

Durch ein gemeinsames Veranstaltungsmanagement könnten daneben auch Terminüberschneidungen von Veranstaltung größtenteils von vornherein ausgeschlossen werden. Künstler und Veranstaltungen, für die die Kapazitäten von Lokhalle oder Stadthalle zu groß wären, könnten zentral gesteuert in die - im Übrigen barrierefreie - Festhalle ausweichen.

Allerdings dürfe ein Mitspracherecht des Ortsrates oder der zahlreichen Vereine nicht außer Acht gelassen werden.

Ziel müsse es ein, dass Öffentlichkeit und Politik Einfluss auf die Vergaben von Terminen und der entsprechenden Entgelte haben müsse, um die Steuerung über die Hallenvergabe zu erhalten.

Die GÖLINKE-Ratsfraktion stimme einer Überweisung ebenfalls zu.

Bürgermeister Holefleisch gibt zu Bedenken, dass der Verwaltungsausschuss nichtöffentlich tage. Zuvorderst müsse es doch darum gehen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger an der Festhalle Weende öffentlich zu diskutieren.

Erster Stadtrat Suermann teilt darauf hin mit, dass man sich im Verwaltungsausschuss darauf verständigt habe, den Antrag zuerst in den Verwaltungsausschuss zu überweisen, damit dort u.a. über die Zuständigkeiten weiterer Fachausschüsse beraten werden könne.

Sodann beschließt der Rat einstimmig, den nachfolgenden Antrag in den Verwaltungsausschuss zu überweisen:

„Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der GWG (Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung Göttingen mbH) Gespräche aufzunehmen, um in Zukunft in Ergänzung zu den vorhandenen Veranstaltungshallen die Betreuung der Weender Festhalle durch das Veranstaltungsmanagement der GWG durchführen zu lassen. Ein Ausgleich für die Einnahmeverluste des Ortsrates Weende ist zu schaffen. Die Termine und Vorstellungen des Ortsteiles Weende sind bei der Vermarktung der Weender Festhalle vorrangig zu berücksichtigen.“

12. Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion betr. 'Einheitliches Planungs- und Berichtswesen (Reporting) für die städtischen Gesellschaften, Eigenbetriebe und Beteiligungen'

Vorlage: B' 90/065/08

Bürgermeisterin Lankeit teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss empfohlen habe, diesen Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Feuerwehr zu überweisen.

Im Anschluss begründet Beigeordnete Dr. Sakowsky den Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion und teilt u.a. mit, dass dieser wegen des unmittelbaren Zusammenhanges extra in der heutigen Sitzung, in der der Haushaltsentwurf 2009 eingebracht wurde, gestellt werden sollte.

In den vergangenen Wochen sei in allen Nachrichten ständig von „Wirtschaftskrisen“ gesprochen worden, die augenscheinlich aufgrund vorhandener Kontrollprobleme in Unternehmen, Banken usw. zu großen Problemen geführt haben.

Selbst Profis, deren Hauptaufgabe in der Kontrolle von Unternehmen liege, seien vor Überraschungen nicht verschont geblieben.

Die Ratsmitglieder übten ebenfalls verschiedene Kontrollfunktionen in den städtischen Gesellschaften, Beteiligungen und Eigenbetrieben aus.

Zusammengefasst seien die Mitglieder des Rates der Stadt Göttingen aufgrund dieser Kontrollfunktion für eine Bilanzsumme von rd. 767 Millionen Euro in Betrieben verantwortlich, in denen insgesamt 894 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt seien. Diese Kontrollfunktion soll selbstverständlich verantwortungsbewusst und kompetent ausgefüllt werden.

Hierzu sei aber das notwendige „Handwerkszeug“, sowohl von der Verwaltung als auch den Betrieben und Gesellschaften selbst bereitzustellen.

Die im Jahr 2006 auf den Weg gebrachten Beteiligungsrichtlinien seien schon ein guter erster Ansatz in diesem Sinne gewesen, der allerdings nur teilweise zur Umsetzung gelangt sei.

Beigeordnete Dr. Sakowsky zitiert anschließend exemplarisch aus den Beteiligungsrichtlinien und weist insbesondere auf die Forderung nach Schaffung von Transparenz hin.

Es sei z.B. dringend erforderlich, dass die verschiedenen Wirtschaftspläne der Betriebe

und Gesellschaften für die ehrenamtlich tätigen Ratsmitglieder zum einen lesbar und weiterhin auch vergleichbar werden müssen. Derzeit müsse man sich durch insgesamt 12 verschiedene und unterschiedlich aufgebaute Wirtschaftspläne mit ebenfalls unterschiedlich zur Verfügung gestellten Datenlagen arbeiten, was mit einer geforderten Transparenz so nicht in Einklang zu bringen sei.

Von einer Vereinheitlichung des Planungs- und Berichtswesen verspreche sich die Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion eine deutlich bessere Kontrollmöglichkeit.

Ihre Fraktion habe bereits einige Vorschläge hierzu erarbeitet, die sie gern im Fachausschuss zur Diskussion stellen wolle.

Ratsherr Adam teilt mit, dass auch die SPD-Ratsfraktion die Überweisung dieses Antrages in den Fachausschuss sehr begrüße.

Bis dahin wolle er aber noch Fragen mit auf den Weg geben, die in den Diskussionen beantwortet werden mögen. So sei z.B. nach seiner Einschätzung eine Vereinheitlichung aufgrund vieler betriebsbedingter Unterschiede nicht so einfach umzusetzen.

Z.B. seien Eigenkapitalquoten der GWG nur schwer mit der der Städtischen Wohnungsbau GmbH zu vergleichen.

Weiterhin seien branchentypische Kennzahlen und Vergleichswerte ebenfalls nur schwer zu vereinheitlichen.

Letztlich sei es für ihn schwer vorstellbar, dass nur ein zu beauftragendes Wirtschaftsprüfungsbüro die vielen unterschiedlichen Aspekte der Gesellschaften abdecken könne.

Ratsherr Eilert weist darauf hin, dass die Gesellschaften und Eigenbetriebe für die Beratungen in den entsprechenden Gremien bereits sehr gute Vorarbeit leisteten und insofern auch die geforderte Transparenz gegeben sei.

Auch die beabsichtigte Zusammenführung der Eigenbetriebe Stadtentwässerung und Stadtreinigung sollte dies verbessern.

Anschließend beschließt der Rat einstimmig, den folgenden Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Feuerwehr zu überweisen:

„Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, allen städtischen Gesellschaften ein einheitliches Planungs- und Controllinginstrumentarium zum Zwecke der Jahresplanung vorzugeben. Dabei ist Folgendes zu berücksichtigen:

- Die Beteiligungsrichtlinien gemäß Ratsbeschluss vom 08.12.2006 sind einzuhalten bzw. umzusetzen.
- Die Wirtschaftspläne, Bilanzen und unterjährigen Zwischenberichte sind nach einheitlichen Kriterien zu gestalten, so dass eine Vergleichbarkeit möglich wird. Sie sind zum 30.06. bzw. zum Wirtschaftshalbjahr vorzulegen.
- Die qualifizierten betriebswirtschaftlichen Kennzahlen und Reportingschemas sind mit einer möglichst tief gestaffelten Datenbasis zu erstellen und so verständlich wie möglich aufzubereiten, um den Aufsichtsratsmitgliedern die Wahrnehmung ihrer politischen Kontrollfunktion zu erleichtern.
- Erfolgte Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Risikokontrolle sind darzustellen.“

13. Antrag der GöLINKE-Ratsfraktion betr. 'Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus'
Vorlage: LINKE/017/08

Bürgermeisterin Lankeit teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss empfohlen habe, diesen

Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zu überweisen.

Im Anschluss teilt Ratsherr Wucherpennig in der Begründung des Antrages u.a. mit, dass hiermit fraktionsübergreifend ein klares Signal gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Göttingen gesetzt werden soll.

Bei den derzeit 81 Mitgliedsstädten der genannten Städte-Koalition gegen Rassismus seien leider erst zwei Kommunen aus Niedersachsen - Hannover und Wolfsburg - anzutreffen.

Diese Städte-Koalition wurde durch eine Initiative der UNESCO im Jahr 2004 unter dem Eindruck des 60. Jahrestagung der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze gestartet mit dem Ziel, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.

Das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg fungiere zugleich als Geschäftsstelle der Städte-Koalition, die sich selbst zum Ziele gesetzt habe, Rassismus und Diskriminierung auf kommunaler Ebene zu bekämpfen, die Mitgliedsstädte durch einen „Zehnpunkteaktionsplan gegen Rassismus“ bei dieser Aufgabe zu unterstützen und die Kooperation mit Institutionen und Organisationen, die sich selbst ebenfalls der Bekämpfung von Rassismus verschrieben hätten, zu stärken.

Dieser beschriebene „Zehnpunkteaktionsplan gegen Rassismus“ beinhalte u.a. die Verstärkung der Wachsamkeit gegenüber Rassismus und Aufbau eines Beobachtungs- und Solidaritätsnetzwerkes, den Aufbau einer geeigneten Datensammlung, eine bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und auch eine bessere Information der Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte und Pflichten (*Anmerkung: nähere Informationen können unter www.menschenrechte.nuernberg.de abgerufen werden*).

Diese Punkte verfolgten alle das gleiche Ziel und sollten langfristig für eine nachhaltige Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung sorgen.

Um heute eine eindeutige Botschaft gegen Rassismus und Diskriminierung abzugeben hoffe er darauf, dass der gesamte Rat der Übereisung dieses Antrages zustimmen möge.

Im Anschluss übergibt Bürgermeisterin Lankeit die Sitzungsleitung an Beigeordnete Eiselt.

Für die Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion teilt Ratsherr Ayegh mit, dass bedauerlicherweise Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland zum Alltag gehören und auch Göttingen hier keine Ausnahme mache. Das Spektrum hier zu verzeichnender Übergriffe auf Migranten reiche von rassistisch bedingten Benachteiligungen über offene Anfeindungen bis hin zu handgreiflicher Gewalt. Die meisten dieser Vorfälle würden aber gar nicht erst dokumentiert oder tauchten in Polizeistatistiken auf sondern würden viel zu oft fast als selbstverständlich hingenommen. Mit dem beantragten Beitritt zu der europäischen Städtekooperation gegen diesen Rassismus könne ein deutliches Zeichen gesetzt werden, das deutlich machen sollte, wie weltoffen die Stadt Göttingen sei.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verletzen nicht nur die Würde und Rechte der Betroffenen, sondern seien ein „schleichendes Gift“, das den Frieden und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft erheblich gefährde und zerstöre. Es sei daher nur zu begrüßen, wenn all jene enger zusammenarbeiten würden, die sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit engagierten.

Dies gelte nicht nur für Privatpersonen und Organisationen sondern ebenso - wie hier

vorgeschlagen wird - für Städte und Gemeinden.

Eine Resolution allein reiche aber nach seiner Auffassung nicht aus, um rassistisch motivierter Propaganda entgegen zu treten.

Der zitierte Zehnpunkteaktionsplan nütze gar nichts, wenn man nicht in der Lage sei, ihn mit Leben zu füllen und auch umzusetzen.

In Göttingen gebe es eine Reihe von Personen, Gruppen und Netzwerken, die sich gegen diese Tendenzen engagieren. Großdemonstrationen gegen Nazis, wie sie öfter in den vergangenen Jahren stattgefunden haben, wären sicherlich nicht möglich gewesen, wenn der Antirassismus nicht auf so einer breiten Basis gestanden hätte.

Aber auch kleinere Aktionen im Göttinger Alltag seien zu erwähnen, über die Ratsherr Ayegh im Anschluss berichtet.

Durch einen heutigen Beitritt Göttingens zu dem genannten Städtenetzwerk könne ein parteiübergreifender Konsens und ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, das es Rassisten schwerer machen sollte, sich öffentlich zu präsentieren, ihre Meinung zu äußern und für ihre fremdenfeindliche politische Anschauung zu werben.

In diesem Sinne sollte ein Signal gesetzt werden.

In diesem Zusammenhang weist Ratsherr Ayegh abschließend darauf hin, dass das Ergebnis der Präsidentschaftswahl in Amerika - der Wahl Barrak Obamas - zwar nicht das Ende des Rassismus dort bedeute, trotzdem aber ein wichtiger Schritt in diese Richtung sei.

Nach dem Schlusswort des Beigeordneten Humke-Focks beschließt der Rat einstimmig, den nachfolgenden Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zu überweisen:

„Der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Stadt Göttingen tritt durch Unterzeichnung der Absichtserklärung der „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus“ bei.

Die Stadt Göttingen bekennt sich zu dem Ziel, sich wirkungsvoll gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen.

Verbunden mit dieser Erklärung ist die Entwicklung eines regionalen „Zehn-Punkte-Aktionsplans“.

- 14 . Anregung gem. § 22 c NGO:
hier: Reservierung von Parkplätzen für Anwohner der Straße 'In der Roten Erde' u.m.
Vorlage: 01.6/293/08

- zurückgezogen -

- 15 . Haushaltssicherungskonzept 2009-2011
Vorlage: FB20/434/08

Der Rat beschließt mit Mehrheit gegen 3 Nein-Stimmen:

Der Rat stimmt der Ergänzung des Haushaltssicherungskonzepts 2009-2011 zu (Anlage).

- 16 . Vergnügungsteuersatzung der Stadt Göttingen
Vorlage: FB20/436/08

Beigeordnete Eiselt teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss dem Satzungsentwurf in seiner Sitzung am 03.11.2008 mehrheitlich zugestimmt habe.

Anschließend teilt Beigeordneter Thielbörger mit, dass sich die FDP-Ratsfraktion bei der Abstimmung enthalten werde, weil man Probleme mit der Besteuerung einiger Veranstaltungen, wie z.B. Tanzveranstaltungen habe.

Der Rat beschließt im Anschluss einmütig bei 4 Enthaltungen:

Der Vergnügungsteuersatzung wird in der als Anlage beigefügten neuen Fassung zugestimmt

17. Abfallzweckverband Südniedersachsen
(Kalkulation und Behandlungskosten 2009; Wirtschaftsplan 2009)
Vorlage: FB20/444/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Die Vertreter der Stadt Göttingen werden beauftragt, in der Verbandsversammlung des Abfallzweckverbandes Südniedersachsen am 11.11.2008 folgenden Beschlüssen zuzustimmen:

- 1) Die Verbandsversammlung billigt die vorgelegte Kalkulation der Behandlungskosten 2009.
- 2) Die Verbandsversammlung stimmt dem Wirtschaftsplan 2009 und der Haushaltssatzung 2009 zu.

18. Änderung der Verbandsordnung des Abfallzweckverbandes Südniedersachsen
Vorlage: FB20/445/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Die Vertreter der Stadt Göttingen werden beauftragt, in der Verbandsversammlung des Abfallzweckverbandes Südniedersachsen am 11.11.2008 folgendem Beschluss zuzustimmen:

Die Zweckverbandsversammlung möge die 2. Änderungssatzung zur Verbandsordnung des Abfallzweckverbandes Südniedersachsen beschließen.

19. Bestellung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die Prüfung des Jahresabschlusses 2008 des Abfallzweckverbandes Südniedersachsen
Vorlage: FB20/446/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Die Vertreter der Stadt Göttingen werden beauftragt, in der Verbandsversammlung

des Abfallzweckverbandes Südniedersachsen folgendem Beschluss zuzustimmen:

Die Sozietät Jllie / Kohne-Jepsen / Lage wird mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2008 des Abfallzweckverbandes Südniedersachsen beauftragt.

20. Gesellschafterversammlung GWG
Vorlage: FB20/447/08

Der Rat beschließt einmütig bei 3 Enthaltungen:

Die Vertretung der Stadt Göttingen wird beauftragt, folgenden Beschlüssen zuzustimmen:

1. **Der Jahresabschluss der GWG Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung Göttingen mbH für das Jahr 2007 wird entgegengenommen und festgestellt.**
2. **Der Bilanzverlust des Wirtschaftsjahres 2007 in Höhe von 473.869,13 € ist in das Wirtschaftsjahr 2008 vorzutragen.**
3. **Der Geschäftsführung der Gesellschaft wird Entlastung erteilt.**
4. **Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft wird Entlastung erteilt.**

21. Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für das Wirtschaftsjahr 2008 der GWG
Vorlage: FB20/448/08

Der Rat beschließt einmütig bei 3 Enthaltungen:

Die Vertretung der Stadt Göttingen wird beauftragt, folgendem Beschluss zuzustimmen:

Als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2008 der GWG Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung Göttingen mbH wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Seinige & Partner, Wagnerstraße 2, 37085 Göttingen bestellt.

22. 6. Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und -bedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen der Unternehmerinnen und Unternehmer in der Stadt Göttingen und im Landkreis Göttingen
Vorlage: FB32/072/08

Beigeordnete Eiselt teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss der Vorlage in seiner Sitzung am 3.11.2008 einstimmig zugestimmt habe.

Für die SPD-Ratsfraktion teilt Ratsherr Henze mit, dass man grundsätzlich der Vorlage folgen könne und auch eine angemessene Erhöhung der Beförderungsentgelte unterstützen könne.

Allerdings hätten die Diskussionen im Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke gezeigt, dass auch bei den hiesigen Taxiunternehmen die Thematik Luftreinhaltung - ebenso wie bei der Fahrzeugflotte der GöVB - stärker ins Bewusstsein gerückt werden müsse.

Er beantragt daher, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Der Verwaltung soll dadurch die Möglichkeit gegeben werden, ein umfassendes Konzept zur Luftreinhaltung zu entwickeln, das auch die Göttinger Taxen mit berücksichtigt.

Ratsherr Welskop teilt mit, dass die CDU-Ratsfraktion sich grundsätzlich dieser Vertagung anschließen könne.

Er beantragt, vorher aber den Taxiunternehmer Herrn Kobold als sachverständigen Vertreter des Göttinger Taxigewerbes zu dieser Thematik zu hören.

Hiermit ist der Rat einstimmig einverstanden.

Anschließend begründet Herr Kobold die Forderung der Taxiunternehmer nach einer Erhöhung der Beförderungsentgelte.

Insbesondere weist er darauf hin, dass die Unternehmer verpflichtet seien, im Dezember dieses Jahres ihre Taxameter eichen zu lassen und insofern eine Erhöhung der Fahrpreise mit entsprechender Umstellung der Zähler noch in diesem Jahr erfolgen sollte. Andernfalls müssten die Unternehmer - nach einer möglichen, späteren Erhöhung - die Taxameter erneut überprüfen lassen, was wiederum mit erheblichen Kosten verbunden sei.

Letztlich weist Herr Kobold darauf hin, dass die seriösen Taxiunternehmen den Umweltschutz sehr ernst nehmen würden und über die Göttinger Funktaxi-Zentrale bereits 12 Erdgasfahrzeuge ihren Betrieb aufgenommen hätten.

In der sich anschließenden Diskussion teilt Oberbürgermeister Meyer mit, dass diese Thematik nochmals aufgegriffen werden müsse und darüber hinaus auch der Kreistag eine Beschlussfassung über die Erhöhung in seiner letzten Sitzung vertagt habe.

Er ziehe daher die Vorlage der Verwaltung heute ebenfalls zurück.

23. Änderung der Marktgebührensatzung zum 01.01.2009
Vorlage: FB32/073/08

Beigeordnete Eiselt teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss der Vorlage in seiner Sitzung am 3.11.2008 einstimmig zugestimmt habe.

Der Rat beschließt im Anschluss einstimmig:

„§ 2 (Gebührensätze) der Satzung über die Erhebung von Marktgebühren in der Stadt Göttingen vom 17.12.2003 (in Kraft getreten am 01.01.2004) wird wie folgt zum 01.01.2009 geändert“:

§ 2		Gebühr alt	Gebühr neu	Veränderun g
Ziffer (1)	Blumenmarkt, Lieselmarkt, Wochenmarkt und Weender Markt	1,59 €	1,60 €	1 Cent
Ziffer (2)	Ostermarkt			
	Rathausplatz	2,52 €	2,54 €	2 Cent
	Rathausplatz, nur Imbiss (bis 5m)	5,03 €	5,09 €	6 Cent
	Rathausplatz, nur Imbiss (über 5m)	10,07 €	10,18 €	11 Cent
Ziffer (3)	Weihnachtsmarkt			
	Rathausplatz	5,11 €	5,21 €	10 Cent

	RH, nur Imbiss (bis 5m)	10,21 €	10,41 €	20 Cent
	RH, nur Imbiss (über 5m)	12,77 €	13,02 €	25 Cent
	Johanniskirche	2,55 €	2,60 €	5 Cent
	Johanniskirche, nur Imbiss (bis 5m)	5,11 €	5,21 €	10 Cent
	Johanniskirche, nur Imbiss (über 5m)	7,66 €	7,81 €	15 Cent

- 24 . Einrichtung einer Ganztagschule an der Godehardschule
Vorlage: FB40/120/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Schuljahr 2009/2010 wird beim Niedersächsischen Kultusministerium die Einrichtung einer Ganztagschule in Form eines offenen Ganztagsangebotes für alle Grundschülerinnen und Grundschüler an der Godehardschule beantragt.

- 25 . Vertrag mit dem Verein für Medienkultur Südniedersachsen e.V. über die Förderung des StadtRadios Göttingen 2009-2014
Vorlage: FB41/137/08

(Anmerkung: Der Rat hat sich vorher mit dem Antrag der GöLINKE-Ratsfraktion zu TOP 43 befasst und mehrheitlich beschlossen, diese dort formulierten Änderungen in den Vertrag einzuarbeiten)

Der Rat beschließt einstimmig:

Der Verlängerung des Vertrages über die Förderung des StadtRadios Göttingen wird i. H. v. des bisherigen Jahreszuschusses von 25.000 Euro zugestimmt.

- 26 . Lebensphase Alter in Göttingen; Bestands- und Bedarfsbericht 2008
Vorlage: FB50/060/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Dem Bericht „Lebensphase Alter in Göttingen; Bestands- und Bedarfsbericht 2008“ wird zugestimmt.

- 27 . Abschluss eines Festbetragsvertrages mit dem Kinderhaus e.V.
Vorlage: FB51/208/08

Ratsherr Höfer nimmt in Hinblick auf den § 26 NGO nicht an der Beratung und der Abstimmung teil und verlässt den Ratssaal.

Der Rat beschließt einstimmig:

Mit dem Kinderhaus e.V. wird zum Schuljahr 2008/2009 ein Festbetrags-Vertrag für den Betrieb des neuen Hortes an der Hermann-Nohl-Schule abgeschlossen.“

- 28 . Erweiterung des Leistungs- und Budgetvertrages mit der ASC Kinderbetreuungs gGmbH

Vorlage: FB51/209/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Der vom Rat der Stadt Göttingen am 15.09.2006 beschlossene Leistungs- und Budgetvertrag mit dem ASC 1846 e.V. (jetzt: ASC Kinderbetreuungs gGmbH) wird in der dortigen Anlage 2 um die Einrichtung „Hort an der Leinebergschule“ erweitert.“

- 29 . Abschluss eines neuen Zuwendungsvertrages mit dem Kinderhaus e.V. für Krippengruppen an den Max-Planck-Instituten für biophysikalische Chemie und experimentelle Medizin

Vorlage: FB51/210/08

(Anmerkung: Ratsherr Höfer nimmt in Hinblick auf den § 26 NGO nicht an der Beratung und der Abstimmung teil.)

Der Rat beschließt einstimmig:

Mit dem Kinderhaus e.V. wird für den Betrieb von Kindergruppen an den MPIs Fassberg und Hermann-Rein-Str. ein geänderter Zuwendungsvertrag zum 1.9.2008 abgeschlossen.“

- 30 . Abschluss eines Zuwendungsvertrages mit dem AWO Kreisverband Göttingen für den Betrieb einer betriebsnahen Krippe auf dem Gelände der Fa. Mahr, Brauweg 38

Vorlage: FB51/211/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Mit dem Träger AWO Kreisverband Göttingen e.V. wird für den Betrieb einer betriebsnahen Krippe auf dem Gelände der Fa. Mahr ein Zuwendungsvertrag zum 1.8.2008 abgeschlossen.“

- 31 . Erweiterung des Leistungs- und Budgetvertrages mit dem Kinderhaus e.V.

Vorlage: FB51/214/08

(Ratsherr Höfer nimmt in Hinblick auf den § 26 NGO nicht an der Beratung und der Abstimmung teil)

Der Rat beschließt einstimmig:

Der vom Rat der Stadt Göttingen am 21.9.2007 beschlossene Leistungs- und Budgetvertrag mit dem Kinderhaus e.V. wird in der dortigen Anlage 2 um die Einrichtung „Kleine Kita Gartemühle“ erweitert.“

- 32 . Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots an Krippenplätzen

Hier: Zweite Antragsrunde im Rahmen der Richtlinie Investitionen Kinderbetreuung

Vorlage: FB51/215/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Den Kriterien für die Erstellung eines Orientierungsplans zur Umsetzung der seitens des Rates am 07.03.08 beschlossenen Ausbaustufenplanung zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots an Krippenplätzen wird zugestimmt. FB 51 wird beauftragt, entsprechende Anträge auf Gewährung von Zuwendungen aus der Richtlinie Investitionen Kinderbetreuung vorzubereiten. FB 80 wird beauftragt, alle Vorhaben in städtischen Immobilien zu beplanen.

- 33 . Abschluss eines Vertrags über den Betrieb und Belegrechte in der städtischen Kindertagesstätte Rosdorfer Weg mit der Asklepios Psychiatrie Niedersachsen GmbH
Vorlage: FB51/216/08

Der Rat beschließt einmütig bei einigen Enthaltungen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den in der Anlage befindlichen Vertrag über den Betrieb und die Belegrechte in der städtischen Kindertagesstätte Rosdorfer Weg mit der Asklepios Psychiatrie Niedersachsen GmbH rückwirkend zum 01.08.08 abzuschließen.

Der Vertrag vom 17.04.2000 über die Einrichtung und den Betrieb der Kindertagesstätte Rosdorfer Weg mit dem Niedersächsischen Landeskrankenhaus, in dessen Rechtsnachfolge die Asklepios Psychiatrie Niedersachsen GmbH getreten ist, wird einvernehmlich zum 31.07.08 aufgehoben.“

- 34 . Bebauungsplan Göttingen Nr. 216 'Hermann-Föge-Weg' TP 2 mit Örtlicher Bauvorschrift (ÖBV) über Gestaltung
- Beschluss der vereinfachten Änderung nach der öffentlichen Auslegung
- Bescheidungen der Anregungen
- Satzungsbeschluss für den vorbenannten Bebauungsplan
- Satzungsbeschluss für die vorbenannte ÖBV

Vorlage: FB61/599/08

Der Rat beschließt einstimmig:

1. **Der vereinfachten Änderung nach der öffentlichen Auslegung wird zugestimmt.**
2. **Die zum Entwurf des Bebauungsplanes Göttingen Nr. 216 „Hermann-Föge-Weg“ TP 2 sowie zum Entwurf der Örtlichen Bauvorschrift über Gestaltung (ÖBV) im Rahmen der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen werden entsprechend dem Vorschlag in der Anlage zu dieser Vorlage beschieden.**
3. **a) Der Bebauungsplan Göttingen Nr. 216 „Hermann-Föge-Weg“ TP 2 wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung mit seiner Begründung beschlossen.
b) Ferner wird die Örtliche Bauvorschrift über Gestaltung (ÖBV) zu vorb. Bebauungsplan als Satzung beschlossen.**
4. **Geltungsbereich:
Der Bebauungsplan Göttingen Nr. 216 „Hermann-Föge-Weg“ erstreckt sich zwischen dem Nikolausberger Weg und der Herzberger Landstraße. Der**

Teilplan 2 deckt den südlichen Teil des Gesamtbebauungsplanes ab.
Der Geltungsbereich des Teilplans 2 wird im Norden begrenzt durch die Planckstraße, die Grundstücke am Goldgraben, den Düstere-Eichen-Weg, im Osten durch die östlichen Grundstücke am Düstere-Eichen-Weg sowie an der Dahlmannstraße, im Süden durch die Herzberger Landstraße und im Westen durch den Düstere-Eichen-Weg und die Hanssenstraße.

Maßgeblich für die Abgrenzung des Geltungsbereiches ist die zeichnerische Darstellung der vorgenannten Fläche in der Planzeichnung im Maßstab 1: 1000.

Allgemeine städtebauliche Planungsziele:

Erhalt der innenstadtnahen Wohnnutzung sowie Steuerung gewerblicher Nutzungen

Reduzierung des Kfz-Verkehrs

Erhalt der städtebaulichen Gestalt

Erhalt der Grünflächen

35. Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre der Stadt Göttingen für den Bereich des Bebauungsplans Göttingen-Grone Nr. 11, 4. Änderung, „Industriestraße“ - Erlass der Satzung zur erstmaligen Verlängerung um ein Jahr
Vorlage: FB61/625/08

Der Rat beschließt einstimmig:

1. Für den Bereich des Bebauungsplans Göttingen-Grone Nr. 11 „Industriestraße“ wird die als Anlage beigefügte Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre erlassen.
2. Ziele und Zwecke der Veränderungssperre:
 - Sicherung der Ziele des Bebauungsplans Göttingen-Grone Nr. 11, 4. Änderung, „Industriestraße“
 - Zur Sicherung der Planung für dieses Gebiet wird die Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre erlassen

Die zu sichernden Ziele der Planung sind:

- Sicherung einer städtebauliche Entwicklung und Ordnung
- Festsetzen eines Gewerbegebietes und eines Mischgebietes (§§ 8 und 11 BauNVO) sowie Grünflächen
- Steuerung Einzelhandel auf Grundlage des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Göttingen
- Erschließung der Flächen verbessern
- Vermeidung negativer Auswirkungen durch unverträgliche temporäre Nutzungen

3. Geltungsbereich:

Der Geltungsbereich wird im Süden durch die Industriestraße, im Westen durch die Martin-Luther-Straße, im Norden durch das Betriebsgelände der Firma PEGUFORM sowie den in Ost-West-Richtung verlaufenden „Flötergraben“ und im Osten durch die Rudolf-Winkel-Straße begrenzt. Maßgeblich für die Abgrenzung der Veränderungssperre ist die zeichnerische Darstellung im Maßstab 1:1000.

- 36 . Neukalkulation der Abwasserbeiträge und Neufassung der Abwasserbeitragssatzung
Vorlage: FB66/039/08

- zurückgezogen -

- 37 . Änderung der Friedhofsgebührensatzung aufgrund der Gebührenkalkulation 2009.
Vorlage: FB67/040/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Der Änderung der Friedhofsgebührensatzung ab dem 01.01.2009 wird zugestimmt.

Im Anschluss übernimmt Bürgermeisterin Lankeit wieder die Sitzungsleitung.

- 38 . Entgegennahme und Feststellung des Jahresabschlusses 2007 des Eigenbetriebes
Stadtentwässerung Göttingen
Vorlage: EB68/189/08

Der Rat beschließt einstimmig:

- 1. Der Bericht der tbbo Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Herforder Straße 39, 32257 Bünde, vom 25. Juli 2008 über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2007 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2007 wird entgegengenommen.**
- 2. Der Jahresabschluss 2007 der Stadtentwässerung Göttingen mit einer Bilanzsumme von 270.656.068,07 EUR sowie der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2007 werden festgestellt.**
- 3. Aus dem Jahresgewinn von 729.070,30 EUR wird der auf der Kalkulation der Eigenkapitalverzinsung beruhende Gewinnanteil in Höhe von 460.200,00 EUR an den Haushalt der Stadt Göttingen abgeführt. Des Weiteren wird gemäß § 7 Abs. 5 EigBetrVO die Differenz zwischen gebührenrechtlichen und handelsrechtlichen Abschreibungen in Höhe von 25.940,08 EUR in die Erneuerungsrücklage eingestellt. Der verbleibende Betrag von 242.930,22 EUR wird in die Gewinnrücklage eingestellt.**
- 4. Der Werksleitung wird Entlastung erteilt.**

- 39 . Entgegennahme und Feststellung des Jahresabschlusses 2007 des Eigenbetriebes
Stadtreinigung Göttingen

Vorlage: EB70/172/08

Der Rat beschließt einstimmig:

1. **Der Jahresabschluss 2007 der Stadtreinigung Göttingen mit einer Bilanzsumme von 28.105.395,10 EUR sowie der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2007 werden festgestellt.**
2. **Aus dem Jahresgewinn von 773.265,73 EUR wird der auf der Kalkulation der Eigenkapitalverzinsung beruhende Gewinnanteil in Höhe von 214.800,00 EUR an den Haushalt der Stadt Göttingen abgeführt und 537.300,00 EUR aus dem Jahresgewinn werden mit der Forderung gegenüber der Stadt Göttingen aus dem Verlustausgleich 2003 verrechnet.**

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr (2.747.654,34 EUR) ergibt sich somit ein Bilanzergebnis in Höhe von 2.768.820,07 EUR. Das Bilanzergebnis wird auf neue Rechnung vorgetragen.

3. **Der Bericht der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Niederlassung Hannover, vom 04. Juli 2008 über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2007 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2007 wird entgegengenommen.**
4. **Der Werksleitung wird Entlastung erteilt.**

- 40 . Organisationsform zur Zusammenführung der Aufgaben der Stadtreinigung Göttingen und der Stadtentwässerung Göttingen
Vorlage: EB70/173/08

Der Rat beschließt einstimmig:

1. **Die Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Stadtreinigung Göttingen (neu: Göttinger Entsorgungsbetriebe) wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.**
2. **Die Betriebssatzung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Göttingen tritt mit Ablauf des 31.12.2008 außer Kraft.**

- 41 . Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben/Aufwendungen gem. § 89 NGO

- 41.1 Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 89 Abs. 1 NGO
Vorlage: FB20/441/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Für die Anschaffung einer zusätzlichen Geschwindigkeitsmessanlage wird hiermit einer außerplanmäßigen Auszahlung bei der Investitionsnummer 321100002 (Kontierung: 0639200. 3221000. 1221420) in Höhe von

42.000,00 €

zugestimmt.

Die außerplanmäßige Auszahlung ist in voller Höhe gedeckt durch Mehreinnahmen bei der Verzinsung von Steuernachforderungen und -erstattungen (Kontierung: 3691000.9109600.6111100).

- 41.2 Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 89 NGO
Vorlage: FB20/442/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Für die Schaffung von Krippenplätzen wird im Haushaltsjahr 2008 einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von

208.448,00 €

bei der Kontierung 0048200, 5111100, 3650100 zugestimmt.

Die überplanmäßige Auszahlung ist in voller Höhe gedeckt durch Mehreinzahlungen aus der „Richtlinie Kinderbetreuung.“

- 41.3 Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 89 Abs. 1 NGO

Vorlage: FB20/443/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Für die Erneuerung der digitalen Systemsteuerung des Krematoriums wird hiermit einer außerplanmäßigen Auszahlung bei der Investitionsnummer 6775005003 (Kontierung: 0381200.6732000. 5539980) in Höhe von

65.000,00

zugestimmt.

Die außerplanmäßige Auszahlung ist in voller Höhe gedeckt durch Mehreinnahmen bei der Dividende der Stadtwerke Göttingen AG (Kontierung: 3651000. 9109600. 5351100).

- 41.4 Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 89 Abs. 1 NGO
Vorlage: FB20/449/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Für die Bezahlung des Nutzungsentgeltes der Sporthalle Geismar I für das Jahr 2008 wird einer außerplanmäßigen Auszahlung bei der Kontierung 4231000.8011000.1113610 in Höhe von

85.600,00 €

zugestimmt.

Die außerplanmäßige Auszahlung ist in voller Höhe gedeckt durch folgende Mehreinzahlungen:

- Kostenerstattung durch GöSF für den Einsatz des Hallenwartes	20.000,00 €
- Kostenerstattung durch GöSF für die durchgeführte Reinigung	15.000,00 €
- Dividende der Stadtwerke Göttingen AG	38.600,00 €

sowie folgende Minderauszahlungen:

- Kosten für Fremdreinigung	12.000,00 €
-----------------------------	-------------

- 41.5 Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 89 Abs. 1 NGO
Vorlage: FB20/450/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Zur Begleichung der Personalauszahlungen wird einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von

2.300.000,00 €

**für die einzelnen Personalkostenbudgets zugestimmt.
 Eine Deckung erfolgt durch Steuermehreinzahlungen.**

- 41.6 Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 89 Abs. 1 NGO

Vorlage: FB20/451/08

Der Rat beschließt einstimmig:

Für die Bezahlung der Mängelbeseitigungsarbeiten sowie des Ingenieurhonorars wird hiermit einer außerplanmäßigen Auszahlung bei der Investitionsnummer 6663045001 in Höhe von

41.797,11 €

zugestimmt.

Die außerplanmäßige Auszahlung ist in voller Höhe gedeckt durch die Inanspruchnahme der Gewährleistungsbürgschaft

42. 'Einführung einer Sozialcard' (Antrag der GöLINKE-Ratsfraktion) und Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion betr. 'Ermittlung der Kosten der Einführung einer Sozialcard'

Vorlage: FB50/058/08

Beigeordneter Humke-Focks teilt mit, dass sich die GöLINKE-Ratsfraktion bei der Abstimmung enthalten werde, da die vorliegende Beschlussempfehlung die im eigenen Antrag geforderten Maßnahmen nicht umfänglich erfüllen würde.

Man wolle aber auch nicht gegen die Vorlage stimmen, die als ein Beginn für weitere Regelungen für Ermäßigungen der Betroffenen angesehen werde.

Seine Fraktion werde sich auch in Zukunft kontinuierlich bemühen, entsprechende Vergünstigungen anzuregen.

Ratsfrau Schultz weist darauf hin, dass hier ein stetiger Prozess angeschoben werden soll und die CDU-Ratsfraktion den Vorschlägen zu den Ziffern 1.- 4. uneingeschränkt zustimmen könne.

Den aufgrund der Anträge im Fachausschuss ergänzten Ziffern 5. - 6. vermag ihre Fraktion allerdings nicht zu folgen.

Sie beantragt daher für die CDU-Ratsfraktion, über die Ziffern 1. - 4. zusammen und anschließend einzeln über die Ziffern 5., 6. und 7. abzustimmen.

In getrennten Abstimmungen beschließt der Rat die nachfolgenden

**Ziffern 1. – 4 mit Mehrheit gegen 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen,
Ziffer 5. mit Mehrheit bei 21 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen,
Ziffer 6. mit Mehrheit bei 21 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen und
Ziffer 7. mit Mehrheit gegen 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen:**

1. Nach dem Muster des Landkreises Göttingen als örtlicher Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) wird die Stadt Göttingen bei Ausgabe der Leistungsbescheide nach dem SGB II, SGB XII, AsylbLG und WoGG eine Bescheinigung als SozialCard, wie unten angegeben, für jeden Leistungsempfänger/in ausdrucken.
2. Die Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen in der Stadt Göttingen werden über die Ausgabe dieser Bescheinigungen informiert.
3. Jedem Erstbescheid wird die Auflistung von Göttinger Kulturinstituten, Freizeit- und Sozialeinrichtungen sowie anderer Organisationen, die für einkommensschwache und bedürftige Göttinger Bürgerinnen und Bürger besondere Vergünstigungen anbieten, beigefügt.
4. Die Stadt Göttingen übernimmt den Mitgliedsbeitrag für einen Göttinger Sportverein für Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger unter 18 Jahren. Die Abrechnung erfolgt über die Sportvereine. Bei angenommenen 1000 Kindern und Jugendlichen entstehen hierdurch Kosten von ca. 60.000 Euro im Jahr, die den Göttinger Sportvereinen erstattet werden.
5. Das Badeparadies Eiswiese bietet für Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger unter 18 Jahren eine Zusatzermäßigung in Höhe von 1 Euro pro Schwimmbadbesuch an. Die Stadt Göttingen gleicht den Ausfall für Eintrittseinnahmen an die GöSF mit jährlich bis zu 10.000 Euro aus. Die Ferienkarte für die Freibäder wird für Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger unter 18 Jahren um 5 Euro ermäßigt, hierfür wird der GöSF ein Ausgleich von 2.500 Euro gewährt.
6. Jeder Leistungsbezieher/in erhält einmal jährlich einen Bildungsgutschein für den Besuch der Volkshochschule Göttingen e.V. im Wert von 40,00 Euro. Für den Personenkreis, die den Bildungsgutschein einlösen, werden der VHS 8.000 Euro als Ausgleich gewährt.
7. Im Foyer des Neuen Rathauses, im Job-Center und im Job-Center Jugend ist eine Auflistung der Rabattierungen und der bestehenden kostenlosen Angebote Kultur-, Sozial- und Freizeitbereich in ansprechender Form auszulegen.

42.1 Gemeinsamer Antrag der SPD-, Bündnis90/Die Grünen- und GÖLINKE-Ratsfraktionen betr. 'Resolution betr. Zuschussverträge DT und GSO'
Vorlage: Inter/020/08

Ratsherr Pache weist darauf hin, dass man im Vorgriff auf einen entsprechenden Ratsbeschluss bereits Kontakt u.a. mit den Landtagsfraktionen dahingehend aufgenommen habe.

Der Rat beschließt einstimmig:

Der Rat der Stadt Göttingen fordert das Land Niedersachsen auf, mit den beteiligten Vertragspartnern in Nachverhandlungen über die laufenden Zuwendungsverträge des Landes mit der Deutschen Theater GmbH und dem Göttinger Symphonie Orchester einzutreten.

43. Antrag der GöLINKE-Ratsfraktion betr. 'Vertragsänderung mit dem Verein für Medienkultur Südniedersachsen e.V. über die Förderung des StadtRadios Göttingen 2009 - 2014'
Vorlage: LINKE/016/08

Für die GöLINKE-Ratsfraktion teilt Ratsherr Wucherpfennig in der Begründung des Antrags u.a. mit, dass sicherlich unbestritten sei, dass man das „StadtRadio“ Göttingen als nichtkommerzieller und werbefreier Lokalsender als bedeutende kulturelle Einrichtung in Göttingen bezeichnen könne.

Neben den öffentlichen Förderungen, u.a. der Landesmedienanstalt und des Landkreises finanziere sich das "StadtRadio" zu einem großen Teil aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen.

Das „StadtRadio“ könne aber den Betrieb und die bisherige Qualität nur aufrecht erhalten, wenn zumindest eine jährliche Anpassung der Zuwendung durch die Stadt Göttingen erfolge.

Begleitend zu den aktuellen Lokalnachrichten böte das „StadtRadio“ viele weitere wichtige Beteiligungsmöglichkeiten.

So könnten z.B. im Sender Personen und Gruppen mit eigenen Sendungen „on air“ gehen.

Es würden Schulungen für Interessierte angeboten, die in die Technik und die journalistischen Grundlagen einführen sollen.

Weiterhin unterhalte das „StadtRadio“ viele Kooperationen mit verschiedenen Göttinger Schulen und stelle sowohl kurzzeitige als auch Jahrespraktikumsplätze zur Verfügung.

Vor Kurzem erst sei das Bürgerfunkstudio umfangreich mit Mitteln der Landesmedienanstalt zu einem volldigitalen Studio umgebaut worden. Das Hauptstudio soll ebenfalls mittelfristig modernisiert werden.

Stark gestiegene Energiekosten beeinträchtigten das Budget des Senders ebenfalls erheblich.

Um nun dem "StadtRadio" eine zukunftssichere Arbeit ermöglichen zu können und diese Einrichtung auch ebenso gleichberechtigt zu fördern, wie andere Göttinger Kultureinrichtungen mit einem entsprechenden Passus in den Zuschussverträgen, sollte auch hier dieser Vertragserweiterung zugestimmt werden.

Im Anschluss beschließt der Rat mit Mehrheit (20 Ja-, gegen 14 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung):

Der Vertrag zwischen der Stadt Göttingen und dem Verein für Medienkultur Südniedersachsen e.V., der im letzten Kulturausschuss beraten wurde, wird dahingehend geändert, dass unter § 2 als dritter Absatz eingefügt wird:

„In den Folgejahren verändert sich die Zuwendung zur Förderung des Kulturbetriebes jeweils um den Prozentsatz, der für das abgelaufene Jahr eingetretenen Änderung der Lebenshaltungskosten gegenüber dem davor liegenden Jahr. Maßgebend sind die Veränderungsdaten zum Vorjahr in Prozent des Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes für Deutschland -

Gesamtindex -.“

- 44 . Unterrichtung des Verwaltungsausschusses/des Rates über eine getroffene Eilentscheidung gem. § 66 Satz 2 NGO
Vorlage: 01.6/294/08

Der Rat nimmt von der am 21.10.2008 durch den Oberbürgermeister getroffenen Eilentscheidung Kenntnis.

(hier: „Förderung der energetischen Erneuerung und Modernisierung von Gebäuden der sozialen Infrastruktur im Rahmen des Investitionspaketes 2008“)

- 45 . Anfragen des Rates zur Sitzung am 7.11.2008
Vorlage: 01.6/297/08

Die Anfragen der CDU-Ratsfraktion betr.:

- „Beschwerdemanagement“

und

- „Festhalle Weende“

sollen schriftlich beantwortet werden.

Ausfertigungen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Ende der Sitzung:

(Meyer)
Oberbürgermeister

(Lankeit)
Ratsvorsitzende

(Hildmann-Schönbach)
Protokollführer

Anwesenheitsliste

15. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Göttingen
am
07.11.2008

Anwesend sind:

Oberbürgermeister Meyer, Wolfgang
Bürgermeister Gerhardy, Wilhelm
Bürgermeister Holefleisch, Ulrich
Bürgermeisterin Lankeit, Katharina
Ratsherr Adam, Mark-Mario
Beigeordneter Arndt, Frank-Peter
Ratsherr Ayegh, Bahman
Ratsfrau Bank, Renate
Ratsfrau Behbehani, Helmi
Ratsfrau Brückner, Heide
Ratsherr Eilert, Hans-Henning
Beigeordnete Eiselt, Brigitte
Ratsherr Ernst, Karl-Heinz
Ratsfrau Fischer, Gerda
Ratsherr Friebe, Uwe
Ratsfrau Fuge, Petra
Ratsfrau Dr. Funck, Gabriele
Ratsherr Gilewski, Martin
Beigeordneter Güntzler, Fritz
Ratsherr Dr. Häntsch, Thomas
Ratsherr Henze, Christian
Ratsherr Dr. Hermann, Klaus-Peter
Ratsherr Höfer, Michael
Beigeordneter Humke-Focks (MdL), Patrick-Marc
Ratsfrau Janssen-Oldigs, Inse
Ratsherr Klatt, Andreas Dipl. Ing.
Ratsfrau Kölz, Uta
Ratsfrau Morgenroth, Sabine
Ratsherr Prof. Dr. Neumann, Fritz-Wilhelm
Ratsherr Pache, Marcel
Ratsherr Perriello, Pasquale
Ratsherr Rudolph, Jörg
Beigeordnete Dr. Sakowsky, Dagmar
Ratsherr Dr. Scherer, Hans-Georg
Ratsherr Schröter, Benjamin
Ratsfrau Schultz, Karin
Ratsherr Seiler, Werner
Ratsherr Semmelroggen, Karl
Beigeordneter Thielbörger, Wolfgang

Ratsherr Tugcu, Mehmet
Beigeordneter Wedrins, Tom
Ratsherr Welskop, Holger
Ratsherr Wucherpfennig, Torsten
Herr Erster Stadtrat Suermann, Hans-Peter
Stadtrat Hecke, Ludwig
Frau Dr. Schlapeit-Beck, Dagmar
Stadtrat Dienberg, Thomas
Frau Hoffmeister, Simone
Herr Johannson, Detlef
Herr Kaiser, Hartmut
Herr Hildmann-Schönbach, Frank

Entschuldigt fehlen:

Ratsherr Becker, Rolf	fehlt
Ratsfrau Kollenrott, Marie	fehlt
Ratsfrau Richter-Koch, Cosima	fehlt
Ratsherr Vaupel, Frank	fehlt